Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25. Donnerstag, den 30. Januar 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Sozialismus in England.

W. B. Die Arbeiterbewegung Englands hat einen anderen Entwickelungsgang genommen, als in den übrigen großen Kulturstaaten. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstand in dem Inselreich der Chartismus*), eine sozialistische Arbeiterpartei, die zunächst ihre ganze Kraft daran setzte, das allgemeine Wahlrecht zu erobern. Das englische Parlament erwies sich, trotz der Riesenpetitionen der Arbeiter, in diesem Punkte genau so hartnäckig, wie heute der preußische Landtag. Die Chartisten versuchten alsdann, durch einen allgemeinen Ausstand das Wahlrecht zu erzwingen. Aber dieser Generalstreik mußte mißglücken, weil die Organisation der Partei nicht mächtig genug war. Ein Putsch wurde niedergeschlagen und die Chartisten veranstalteten 1848, unter dem Eindrucke der Revolutionen auf dem Festlande, noch einmal eine gewaltige Demonstration, die aber ohne weitere Wirkungen blieb.

Mit der Entwickelung der Industrie und der Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung in England breitete sich dort die Gewerkschaftsbewegung aus, die nach riesenhaften Kämpfen mit dem Kapitalismus und seinem Nachtwächter Klassenstaat eine Machtstellung gewann, die lange Zeit in der Arbeiterwelt einzig dastand. Die Trades Unions hielten sich fern von der Politik. Sie überließen es den Arbeitern, sich nach ihrem persönlichen Geschmack an eine der beiden großen Parteien anzuschließen, die sich in der parlamentarischen Regierung in England ablösen. Diese Enthaltung von einer selbständigen Politik gefiel den herrschenden Klassen in England und in Deutschland suchte man die Arbeiterbewegung zu zersplittern, indem man die bekannten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, angeblich nach dem Muster der englischen Trades Unions, begründete. Man konnte aber damit die Ausbreitung des Sozialismus in Deutschland nicht aufhalten und die Gewerkvereine mit ihrem Harmoniedusel blieben schwächliche Geschöpfe. In England dagegen blieb die sozialistische Bewegung lange unbedeutend und die Trades Unions stellten sich ihr vielfach feindselig gegenüber.

Indes konnte es nicht ausbleiben, daß der Gedanke, eine selbständige politische Arbeiterpartei in England zu bilden, bei den Arbeitern wieder Raum gewann. Sozialisten und Gewerkschaften verständigten sich und errangen damit den ersten größeren Erfolg bei den Wahlen zum Unterhause. Aber eine große Anzahl der Gewerkschaftsführer verwirft heute noch den Sozialismus. Auf der diesjährigen Konferenz der Arbeiterpartei in Hull hat sich nun, wie bereits berichtet, gezeigt, wie weit der Sozialismus vorgedrungen ist. Die Konferenz verwarf zwar den Antrag, das sozialdemokratische Programm als das ihrige anzuerkennen; aber sie nahm bekanntlich eine von den Maschinenbauern eingebrachte Resolution an, in der es heißt, die Zeit sei gekommen, die es notwendig mache, daß man den Sozialismus als endgültiges Ziel der Arbeiterpartei anerkenne. Man kann leicht erkennen, daß diese Bewegung noch von vielen schwankenden und unklaren Elementen und auch von direkten Gegnern des Sozialismus beeinflußt wird. Aber es geht doch auf den Sozialismus los und in kurzer Zeit wird England auch seine große sozialistische Bewegung haben, die in diesem Industrieland eigentlich etwas Selbstverständliches ist.

Man kann es begreifen, daß diese Beschlüsse der englischen Arbeiter die Aufmerksamkeit der herrschenden Klassen aller Länder auf sich ziehen. In einem deutschen, bürgerlich-demokratischen Blatt wird darüber besondere Klage geführt. Es heißt dort, mit diesem Beschlusse sei der englische Liberalismus ganz besonders geschädigt, denn die Gegner desselben behaupteten schon lange, er und mit ihm die liberale Regierung ständen unter dem Banne der Sozialdemokratie und hinter dem Liberalismus überhaupt stecke die „sozialdemokratische Gefahr“. Dergleichen Gejammer kann wohl bei furchtsamen deutschen „liberalen“ Philistern einigen Eindruck machen, denn diese fühlen sich Tag und Nacht vom roten Gespenst verfolgt. Die Engländer aber haben stärkere Nerven und der Sozialismus hat dort unter den besitzenden Klassen verhältnismäßig viele Anhänger. Haben doch unlängst etwa hundert englische Geistliche sich für den Sozialismus erklärt mit der Begründung, daß die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit den ursprünglichen Lehren des Christentums nicht widerspreche. In Deutschland, der „frommen Kinderstube“, wäre so etwas freilich ganz unerhört.

Eine starke Sozialdemokratie in England wäre von ganz besonderer Bedeutung für Europa und die gesamte Kulturwelt. Sie würde dort über eine politische Macht verfügen, die der Sozialdemokratie bis jetzt in keinem anderen Lande zugefallen ist. Sie brauchte diese Macht nur zu ergreifen. Bei den Wahlen würde ihr eine ganze Reihe von Mandaten für das Unterhaus zufallen. England hat eine vollkommen parlamentarische Regierung und eine starke sozialdemokratische Fraktion im Unterhaus wäre sofort in der Lage, die innere und äußere Politik bedeutsam zu beeinflussen. Die ganze europäische Situation würde sich neu gestalten, wenn die Regierung Englands bei ihrer äußeren Politik auf eine starke Sozialdemokratie Rücksicht nehmen müßte. Der Weltfriede würde dadurch sicherlich mehr gefördert, als durch die von dem Zaren veranstalteten Konferenzen im Haag. Die parlamentarischen Verhältnisse könnten sich leicht so gestalten, daß die Sozialdemokraten das Zünglein an der Wage bildeten, so daß es ihnen unter Umständen möglich wäre, jede Regierung zu stürzen, welche sich als reaktionär erweist oder die arbeitenden Klassen mit Gehässigkeit verfolgt. Es würde aber endlich auch einmal mit der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung mehr Ernst werden, die zurzeit über ganz schwache Anläufe nicht hinausgekommen ist. Wenn die englische Regierung gezwungen würde, sich dafür mit ganzem Ernst ins Zeug zu legen, würden bald Fortschritte erreicht werden.

Eine starke sozialdemokratische Fraktion im englischen Parlament, dem mächtigsten der Erde, bedeutet eine Stärkung der sozialistischen Bewegung in allen Kulturländern.

Die englischen Arbeiter werden dafür sorgen, wie man sieht, daß diese Fraktion bald zustande kommt.

*) So genannt von der „Charte“, dem Programm der Partei.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neue Flottenvorlage angenommen.

Der Reichstag nahm am Mittwoch nach der Geburtstagspause seine Sitzungen wieder auf. Vor schwach besetztem Hause und mäßig besuchten Tribünen ging der historische Akt der Annahme der neuen Flottenvorlage in Szene. An der Annahme war von vornherein nicht zu zweifeln. Die Freisinnigen haben sich „überzeugen“ lassen, wie in einer seiner unerträglichen Schwatzreden der Abgeordnete Wiemer seichtbeutelte. Genosse Bebel übergoß den keimfähig gewordenen Freisinn mit ätzendem Spott; als er von den bunten Vögelchen sprach, die den Weg zu des Freisinns zottigen Männerbrüsten gefunden haben, färbte ein schämiges Sparagnes-Rot des Dr. Wiemers behaarte Wangen. Des Bürgertums Zustimmung zur Flottenpolitik ist uferlos geworden. Die Opposition gegen den Hypermarinismus, noch vor Jahrzehnten im deutschen Bürgertum herrschend, wird jetzt ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten: die kraftvolle Rede des Genossen Bebel war der einzige Protest gegen die neue Tirpitz-Rede. Natürlich werden es wieder die breiten Massen sein, die bluten müssen, Herr Stengel gab es mit einer Offenheit und mit einer lauten Stimme zu, die man sonst bei ihm nicht gewohnt ist. Das Zentrum sagt Ja und Amen zu der Vorlage, wenn es sich auch noch ein paar Flausen über die Deckungsfrage leistet. Unter den Rednern des Tages sah man die bei solchen Gelegenheiten üblichen Gestalten, den nationalliberalen Grafen im Bart Oriola, der eigentlich noch viel mehr verlangt, als die Vorlage bringt, den alten konservativen Freiherrn v. Richthofen, Liebermann v. Sonnenberg mit seinen Pferdestallspäßen und seinen Mitchristen Arendt mit dem unerträglichen Chauvinistengeschwafel. Des alten Mommsens Sohn war auch dabei und konstatierte mit einem gewissen Geschäftsneid gegenüber Nachbarn Wiemer, daß die freisinnige Vereinigung schon lange vor der Volkspartei militär- und marinefromm gewesen ist. Aber bekanntlich ist in Israel mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, denn über hundert Gerechte; die Hegemonie der Kopsch-Mugdan-Gruppe im Sozialistenfressen löscht ihre alten antimolochistischen Sünden völlig aus und erwirbt ihr einen vollgültigen Anspruch darauf, vom Ordensregen ergiebiger getroffen zu werden, als die freisinnige Vereinigung, ehe sie dem Dr. Barth auch offiziell den Laufpaß gegeben haben wird.

Selbstredend wurde die Vorlage mit Pauken und Trompeten angenommen. Ob das Gerücht wahr ist, welches von der bevorstehenden Erhebung Wiemers in den Adelsstand und der Berufung Siegfried Heckschers in das Herrenhaus zu melden weiß, können wir nicht kontrollieren.

Am Donnerstag wird der reguläre Tirpitzetat vorgenommen.

Und wenn der Block nicht weiter kann.

Die „Germania“, die ja auch in Zeiten der Verbannis ausgezeichnete Beziehungen zum Reichsschatzamt unterhält, macht zur Frage der Reichsfinanzreform diese tröstlichen Mitteilungen:

„Die Branntweinmonopolvorlage der verbündeten Regierungen soll, wie der Verband der Spiritus- und Spirituoseninteressenten mitteilt, am Dienstag als Vorlage des Bundesrats dem Reichstag zugehen. Eine dahingehende Absicht mag wohl bestanden haben, aber wie in Regierungskreisen verlautet, ist es neuerdings sehr fraglich geworden, ob die neuen Steuervorlagen überhaupt dem Reichstage zugehen werden. Da die Konferenzen, die letzthin zwischen der Regierung und den Blockparteien hinter den Kulissen abgehalten wurden, nicht zu einem politischen Ergebnis geführt haben, würden die neuen Steuervorlagen im Reichstage kaum Aussicht auf Annahme durch die Blockparteien haben, wie sich schon bei der Generaldebatte herausstellen müßte. Das könnte bei der ersten Lesung wieder zu den schönen Auseinandersetzungen führen, welche im Anfang des vorigen Monats im Reichstage zwischen der Rechten und Linken sich abspielten und die Krisis herbeiführten. Eine Wiederholung der Krisis wäre dann die unausbleibliche Folge. Bis vor kurzem hieß es noch, die neuen Steuervorlagen sollten zwar im Reichstage eingebracht, dann aber bis zur nächsten Wintersession vertagt werden, aber daß die Regierung es nicht einmal wagen werde, die ausgearbeiteten Vorlagen zu unterbreiten, daran war um so weniger zu denken, als die Reichsfinanzreform dringend notwendig ist und eine Vertagung für die Regierung unannehmbar sein muß. Wenn nun die Regierung sogar soweit zurückweichen sollte, daß sie selbst die Einbringung der neuen Steuervorlagen nicht mehr wagt, so ist das ein weiterer Beweis für die Leistungsfähigkeit des Blocks.“

Was schiert das aber die freisinnige Blockleber? Was man nicht erledigen kann, wird einfach vertagt. Kommt Zeit, kommt Spiritusmonopol, Zigarrenbanderole, Mineralwassersteuer! Denn wenn der Block nicht weiter kann, so fängt er wieder vorne an.

Das Koalitionsrecht für die Arbeiter zweiter Klasse,

wie man die Landarbeiter wegen ihrer Rechtlosigkeit den Industriearbeitern gegenüber bezeichnen kann, fordert in ihrer neuesten Nummer die „Soziale Praxis“. Dieses durchaus bürgerliche Blatt, an dem sogar ehemalige preußische Minister mitarbeiten, kennzeichnet das reaktionäre Koalitionsverbot recht treffend, und fordert, daß das ländliche Helotentum, welches heute noch zu dem eisernen Inventar ostelbischer reaktionärer Forderungen gehört, endlich falle. Professor Francke schreibt u. a.:

> Die Frage des Koalitionsrecht der Landarbeiter taucht jetzt bei jedem Anlaß auf und wird auch nicht eher zur Ruhe kommen, bis sie eine Lösung im Sinne der Gewährung findet. In Preußen ist den ländlichen Arbeitern und Dienstboten bei schwerer Strafandrohung die Verabredung zu Zwecken der gemeinsamen Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen und der Arbeitseinstellung durch das Gesetz von 1854 verboten. Dagegen sind ihnen Verbindungen zu anderen Zwecken nach dem Vereinsgesetz von 1850 gestattet. In manchen anderen deutschen Staaten besitzen Landarbeiter und Dienstboten aber auch das Koalitionsrecht, so namentlich in Süddeutschland, und niemals hat man dort über Streiks vor oder während der Ernte und bei der Versorgung des Viehes, diesen beliebten Schreckgespenstern der Gegner des Koalitionsrechts, gehört, während gerade in Norddeutschland das Übel des Kontraktbruchs der Landarbeiter in seinen Wirkungen häufig dem Streik gleichkommt.
>
> Erntestreiks sind allerdings in Ungarn und Italien häufig vorgekommen, aber regelmäßig nur als letzte Zuflucht einer aufs äußerste bedrückten Arbeiterschaft. Man sollte wirklich in konservativen Kreisen doch Bedenken tragen, die ländlichen Zustände in Preußen hiermit zu vergleichen. Leider ist dies im preußischen Abgeordnetenhause bei der Beratung des Etats des landwirtschaftlichen Ministeriums am 18. Januar geschehen. Redner der Deutschkonservativen (Abgeordn. Kreth) und der Freikonservativen (Rewold) sprachen die Erwartung aus, daß die Regierung niemals den landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren werde. Für das Koalitionsrecht sprachen eindringlich die Redner der Freisinnigen (Gußling und Goldschmidt) und in verklausulierter Form der Abgeordnete Graf Spee vom Zentrum. Der Landwirtschaftsminister erklärte, die Regierung denke nicht an eine Einführung des Koalitionsrechts der Landarbeiter!
>
> Früher aber hat die preußische Regierung bekanntlich sehr ernsthaft daran gedacht: Im Februar 1866 ging dem Landtag ein Gesetzentwurf zu — mit den Unterschriften des Königs und des Ministers Grafen Itzenplitz —, der wie für die gewerblichen, so auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter das volle Koalitionsrecht forderte. Wegen der hochpolitischen Ereignisse des Jahres 1866 kam die Vorlage der Regierung, an deren Spitze damals Bismarck stand, nicht zur Erledigung. Sie hat aber auch heute noch ihre Bedeutung, und wir empfehlen recht angelegentlich die Lektüre ihrer Begründung. Was eine preußische Regierung unter

Bismarck vor 42 Jahren geplant hat, wird wiederkommen, ob heute ein Minister daran denkt oder nicht!

Solange die preußische Dreiklassenschmach besteht und der Reichstag die Frage des Koalitionsrechts für die Landarbeiter nicht regelt, dürfte das Helotentum des ländlichen Proletariats bestehen bleiben. Ein erfreuliches Zeichen aber ist es, daß als Folgeerscheinung des Kampfes gegen das Dreiklassenunrecht auch die einzelnen politischen Fragen, die dem Agrarparlament zur Beschlußfassung unterstehen, in den Vordergrund der politischen Diskussion gerückt werden.

Die Lohnverschwörung des Dreiklassenparlaments.

Von der Lohnverschwörung der preußischen Dreiklassenparlamentarier hatte man seit einem Jahr nichts mehr gehört. Jetzt ist auch drinnen wie draußen die „Bewegung der Massen" wieder lebhafter geworden; die Losung drinnen aber lautet „Fünf Mark mehr!" Ja wahrhaftig, diese Köpenicker Volksvertreter — „Volksvertreter" wie der Köpenicker Hauptmann ein Hauptmann war — wünschen besser bezahlt zu werden, sie machen keine Wahlreform, aber eine — Reform ihrer Diäten! Man höre die „Kölnische Zeitung":

„Darüber ist man sich allseitig klar, daß schon im Hinblick auf die Doppelmandate eine Verschiedenheit der Diätenhöhe zwischen Reichstag und Landtag wegen der daraus entstehenden rechnerischen Schwierigkeiten nicht wünschenswert ist und daß für die einzelnen Mandatare des Landtags des weitaus größten Staats Deutschlands ein niedrigerer Diätensatz wie im Reichstage keine Berechtigung hat. . . . Jedenfalls wird angenommen werden können, daß in absehbarer Zeit eine alle Teile befriedigende Regelung der Bezüge der Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses erfolgen wird."

Die aufreizende Unverschämtheit dieses Treibens wird nur durch seine hervorragende Komik gemildert. Die Herrschaften wissen doch ganz genau, wieviel sie dem preußischen Volke wert sind, sie wissen auch, daß sie keine Volksvertreter sind und daß daher jede Bewilligung in die eigene Tasche ein Angriff auf fremdes Eigentum ist, für den sie vom Gendarmen abgeführt zu werden verdienen. Darin liegt ihre Unverschämtheit. Aber daß diese begehrlichen Staatsstützen sich nun plötzlich daran erinnern, wie die „Verschiedenheit des Reichsrechts und des preußischen Landesrechts" nicht länger zu ertragen ist, daß sie zwar nicht wie Reichstagsabgeordnete gewählt, aber doch wie diese bezahlt sein wollen, darin steckt mehr Humor, als man dieser sonst ziemlich geistlosen Gesellschaft eigentlich zugetraut hätte!

Wie der Freisinn den Wahlrechtskampf führt.

Das muß man gestehen: die „Freisinnige Zeitung" packt die preußische Wahlreform am rechten Ende an. Sie rührt den Klingelbeutel. An der Spitze ihrer gestrigen Nummer bringt sie einen Aufruf zur „baldigen und gründlichen Reform des preußischen Wahlrechts", der darauf hinausläuft, für den von der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft eingesetzten Ausschuß die öffentliche Mildtätigkeit in Szene zu setzen. Man hat also den Ausschuß eingesetzt, ohne ihm, wie es sich von selbst verstand, wenn das Ganze mehr sein sollte, als eine Komödie, gleichzeitig eine größere Summe, vielleicht 100 000 Mk. für den Anfang, zur Verfügung zu stellen. Das Geld, ohne den der Ausschuß natürlich nichts ist als ein elender Schwatzklub, soll erst im Lauf der Monate und Jahre durch öffentliche Sammlungen aufgebracht werden. Wenn sich dann herausstellt, daß außer ein paar alten Kupfermünzen und Hosenknöpfen nichts zusammengekommen ist, wird sich Herr Fischbeck wieder „drein fügen" und der famose Wahlrechtsausschuß wird sich in Wohlgefallen auflösen.

Stengel in Nöten.

Offiziös wird mitgeteilt, daß der Bundesrat bisher die Spiritusmonopolvorlage noch nicht verabschiedet hat. Es sei auch fraglich, ob dies in der nächsten Plenarsitzung bereits geschehen werde. Die Vorlage über eine Zigarrenbanderolensteuer ruht noch in den Ausschüssen des Bundesrats und begegnet dort anscheinend manchen Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen läßt es sich noch nicht absehen, wann diese Steuervorlagen an den Reichstag gelangen werden.

Hoffentlich am St. Nimmerleinstage!

Ein preußischer Regierungspräsident gegen Wilhelm II.

Wir meldeten die Warnung der Liegnitzer Regierung von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Das „Berliner Tageblatt" weist nun darauf hin, daß sich sonst die Gesellschaft allgemeiner Anerkennung durch die Behörden erfreut und ihr sogar von Wilhelm II. seit 1898 aus seinem Dispositionsfonds eine jährliche Beihilfe von 3000 Mk. bewilligt wird. Auf ein Begrüßungstelegramm von der Hauptversammlung der Gesellschaft in Straßburg antwortete Wilhelm II. folgendes:

„Seine Majestät der Kaiser und König lassen für den treuen Gruß der ersten in den Reichslanden abgehaltenen Versammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung bestens danken. Allerhöchstdieselben werden das segensreiche Wirken der Gesellschaft auch ferner gern mit Allerhöchstihrem Interesse begleiten."

Da scheint sich ja die Liegnitzer Regierung schön in die Nesseln gesetzt zu haben!

Wilhelm II. und unten das Volk.

Vor etwa einem Jahr verhandelte die Berliner „Freie Volksbühne", der große Theater- und Kunstverein der Berliner organisierten Arbeiterschaft mit der Intendantur der Berliner königl. Theater wegen mietweiser Überlassung des Neuen Königlichen Opernhauses zu den Sonntagnachmittagsvorstellungen des Vereins. Die Verhandlungen nahmen anfangs einen günstigen Verlauf, bis sie plötzlich an einem geheimnisvollen dunklen Punkt anlangten und sich zerschlugen. Am letzten Sonntag aber wurde die Welt durch folgenden Theaterzettel überrascht:

Neues kgl. Opernhaus. Auf Allerhöchsten Befehl: Erste Vorstellung für die Berliner Arbeiterschaft. Prinz Friedrich von Homburg.

„Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt", ein höfischer Verein, dessen Vorstand zahlreiche Ministerfrauen angehören, hatte die Sache in die Hand genommen und mit Hilfe von Kriegervereinen usw. die Billets a 50 Pfennige „unters Volk" gebracht. Die kaiserliche Familie und andere Fürstlichkeiten hatten ihr Erscheinen zugesagt. Die übrige Gesellschaft wird vom Hofberichterstatter der Scherlpresse naserümpfend also geschildert:

Biedere Leute aus dem Volke, die Männer im sonntäglichen Bratenrock, die Mädchen und Frauen in dunklen, hellen karierten Röcken und Blusen aller denkbaren Stoffe . . . . Es war ein bemerkenswerter Moment; dort oben der glänzende Hof und unten die Leute aus dem Volke . . . . Der Beginn des dritten Aktes mutete fast wie eine Galavorstellung an. Herr v. Hülsen klopfte dreimal auf mit einem Stabe. Und wieder wußte das Volk, daß es sich erheben müsse.

Man sieht daraus, wie gut es war, daß die königl. Intendantur den Theaterraum nicht an die „Freie Volksbühne" verpachtete, die inzwischen viel günstigere Unterkunft gefunden hat, sondern der Anregung der von Sozialdemokraten geleiteten Organisation folgend, den Gedanken einer „Arbeitervorstellung" in dem ihr eigenen Geiste durchführte. Zu Vorstellungen der „Freien Volksbühne" wäre der Hof schwerlich erschienen, auch hätte das Publikum keine Ahnung davon gehabt, daß man sich „erheben müsse", sobald ein betreßter Herr dreimal mit einem Stabe aufschlägt, sondern viel eher hätte es passieren können, daß man in den stürmischen Ruf „Wahlrecht, Wahlrecht!" ausgebrochen wäre. Dann aber hätte sich vielleicht der Polizeipräsident von Berlin an ein bekanntes Wort des Kurfürsten im „Prinzen von Homburg" erinnert:

Seltsam! — Wenn ich der Dey von Tunis wäre,
Schlüg ich bei so zweideutigem Vorfall Lärm;
Die seidene Schnur legt ich auf meinen Tisch,
Und vor das Tor, verrammt mit Palisaden,
Führt ich Kanonen und Haubitzen auf.

Preisen wir also das gütige Geschick, das an Stelle organisierter Proletarier schlichte Männer im Bratenrock in die königlichen Theaterräume geführt hat: „biedere" Leute „da unten aus dem Volk", die sich bei Hofe zu benehmen wissen!"

Kompromiß bei der Sprachenklausel des Reichsvereinsgesetzes?

Wie bekannt, zeigt das von 1905 datierende Vereins- und Versammlungsgesetz für Elsaß-Lothringen, obwohl Produkt der Berliner Regierung, eine weit freiere Behandlung der Sprachenfrage. Für Vereine besteht die Bestimmung: „Die Vereine haben ihre Satzung in deutscher Sprache abzufassen und sich bei ihren öffentlichen Kundgebungen der deutschen Sprache als Geschäftssprache zu bedienen. Ausnahmen können von den Bezirkspräsidenten gemacht werden. Für das französische Sprachgebiet ist der Mitgebrauch der französischen Sprache gestattet". Für Versammlungen existiert keine Sprachenvorschrift.

Die Sprachenklausel des Reichsgesetzentwurfs, wie er jetzt vorliegt, würde also eine bedeutende Verschlechterung, ja Aufhebung des Versammlungsrechtes für einen Teil des Reichslandes bringen; aber auch eine Gestaltung nach den freisinnigen Anträgen würde noch eine Verschlechterung zur Folge haben, insbesondere deshalb, weil der Einberufer höchstens voraussehen kann, ob ein Referat in französischer Sprache gegeben wird, nicht aber, ob sich einer der Versammlungsteilnehmer im Laufe der Versammlung der französischen Sprache bedienen will oder muß. Die Annahme der freisinnigen Anträge würde also für Elsaß-Lothringen dazu führen, daß alle Versammlungen dreimal 24 Stunden vorher angezeigt werden müßten, um der Eventualität einer Verhandlung in französischer Sprache vorbeugend gerecht zu werden, ein Zustand, der nicht nur eine Verschlechterung gegenüber der absoluten Sprachfreiheit im heutigen Versammlungsrecht bedeuten würde, sondern der auch hinter der relativen Freiheit des Vereinsrechts wesentlich zurückbliebe.

Bezugnehmend auf diese Verhältnisse wird in der demokratischen, aber dem Bülow-Block angehörenden „Frankf. Ztg." gesagt:

„Wenn ein gänzlicher Verzicht auf die Sprachenklausel nicht zu erreichen ist, so ist das mindeste, was Elsaß-Lothringen zu fordern hat, die Möglichkeit einer generellen Befreiung von der reichsgesetzlichen Sprachenbeschränkung in der Weise, daß für fremdsprachige Gebiete der Mitgebrauch der fremden Sprache ohne alle Beschränkungen zu gestatten ist."

Das also ist der „demokratischen" Weisheit letzter Schluß: Eine Ausnahmevergünstigung für Elsaß-Lothringen! Dänen und Polen mag die Regierung zwiebeln wie sie will; den Scharfmachern zu Gefallen mag sie den deutschen Arbeitern die Aufklärung ihrer fremdsprachigen Klassengenossen unmöglich machen — wenn nur in Elsaß-Lothringen, wo Ansätze einer „demokratischen" Partei vorhanden sind, diese nicht durch die Sprachenguillotine getroffen werden.

Der Unsinn der Zigarrenbanderole.

Die Weisheit der Steuerkünstler, welche das deutsche Volk mit einer Banderolensteuer für Zigarren beglücken wollen, wie sie für die Zigaretten schon eingeführt ist, wird in einer Zuschrift eines Fachmannes an die „Freis. Ztg." in das rechte Licht gerückt. Er schreibt: „Wenn ich heute eine Bahnsendung Zigarren erhalte, so packe ich sie aus, kontrolliere sie inbezug auf die Ausführung der Arbeit, vor allem aber auf die gelieferten Farben. Bekanntlich verlangt das Publikum augenblicklich viel nach Zigarren mit hellem Deckblatt. Wenn auch nicht alle Kistchen geöffnet werden, so geschieht das doch bei einer Anzahl von jeder Sorte. Ganz ähnlich verfährt aber auch mein Abnehmer. Jeder Kunde, der nicht bloß Quantitäts-, sondern auch Qualitätsraucher ist, wird die Sendung auf ihr Aussehen kontrollieren und demgemäß die Kisten öffnen. Wenn nun die Zigarren-Banderolensteuer eingeführt ist, dann hört sofort jede derartige Kontrolle vollständig auf. Ich als Zigarrenhändler darf keine Kistchen öffnen, und wenn mein Kunde sich durch den Augenschein von der Qualität und Farbe überzeugen will, so kann er es zwar tun, aber er muß dann auch alle geöffneten Kistchen behalten, ob sie ihm nun zusagen oder nicht, denn ich kann geöffnete Kistchen nicht zurücknehmen! Ebensowenig kann ich dem Fabrikanten geöffnete Kistchen zurücksenden. Es ist eben ganz etwas anderes, Zigaretten zu banderolieren oder Zigarren. Bei Zigaretten sieht ein Kästchen einer Sorte genau auch innen so aus, wie das andere. Nicht aber sieht eine Kiste Zigarren derselben Sorte innen, d. h. die Ware, so aus wie die andere. Das ist eben ein himmelweiter Unterschied. Daran haben die Herren oben sicher nicht gedacht, sonst würden sie schon damals eingesehen haben, daß der ganze Zigarrenhandel durch die Banderolensteuer direkt unmöglich gemacht wird." — Die Regierungssteuersucher, die absolut den Tabak „mehr bluten" lassen wollen, kümmern sich um solche „Kleinigkeiten" nicht. Das Publikum mag nachher sehen, wie es mit den Steuerschikanen sich abfindet.

Die Luftschiffahrt vor der Budgetkommission.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags kam der Nachtragsetat zur Beratung, der zur Förderung von Versuchen auf dem Gebiete der Motor-Luftschiffahrt 400 000 Mk. verlangt. Der ordentliche Etat fordert außerdem zur Gewährung einer Entschädigung an den Grafen v. Zeppelin und zum Erwerbe der von ihm erbauten Luftschiffe 2 150 000 Mk. Genosse Singer sprach sich für Annahme dieser Forderungen aus und verband hiermit einen Dank an den Grafen Zeppelin, dessen außerordentliche Leistungen Deutschland zur Ehre gereichten. Beide Forderungen wurden bewilligt.

Neuer Ordenssegen!

Am 27. Januar ist ein neuer Ordenssegen über die Staatserhaltenden niedergegangen. Der Gatte der Tochter des Kanonenkönigs Krupp, Herr Krupp v. Bohlen und Halbach hat den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife erhalten — Herr Wiemer mußte sich mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse begnügen!

Besonders bemerkenswert aber ist, daß auch der von der Polizeiattacke an der Friedrichsgracht her bekannt gewordene Berliner Polizeihauptmann Stephan den Kronenorden 3. Klasse erhalten hat!

Der liberale Publizist Heinrich Ilgenstein schrieb kürzlich in seiner Zeitschrift „Das Blaubuch":

„Herr Hauptmann Stephan — legt seinen Namen zu den Hamburger „Kriegern", die dem zehnjährigen Revolutionär vor mehr als Jahresfrist der „Ordnung halber" vier Finger abhackten — hat Heldenblut. „Säbel heraus! Einhauen!" Noch lebt altpreußische Tapferkeit. Die Attacke war blendend schön. „Alles niederreiten, was sich uns in den Weg stellt." Dem Steger an der Gertraudtenbrücke winkt sicher ein Orden. . . ."

Herr Ilgenstein besitzt Talent zum Prophezeien!

Podbielski als Landtagskandidat?

Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte hat den früheren Landwirtschaftsminister von Podbielski für die diesjährige Landtagswahl zum Kandidaten im Wahlkreise Diepholz-Syke proklamiert. Pod hat sich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen und im Wahlkreise zu erscheinen. Der Landtagswahlkreis Diepholz-Syke wird seit zehn Jahren von dem nationalliberalen Abgeordneten Amtsgerichtsrat Meyer-Diepholz vertreten.

Was doch nicht alles aus einem Menschen werden kann. Erst Husarengeneral, dann Reichstagsabgeordneter, Postminister, Landwirtschaftsminister, Schweinezüchter und schließlich Dreiklassenabgeordneter. Mein Liebchen, was willst du noch mehr?

Rußland.

Die Hungersnot. Dr. Schbankoff veröffentlicht im „Tschas" erschütternde Einzelheiten über die Hungersnot in 23 Gouvernements. „Im Gouvernement Samara," so schreibt er, „herrscht nun schon das dritte Jahr Hungersnot. Nach Angaben, die zum größten Teil von der Administration geprüft sind, ist die Lage in drei Kreisen ganz verzweifelt. Im Kreise Bugurußlan sind mehr als 25 000 Personen hilfsbedürftig; Brot wird aus Gänsefuß mit einem geringen Zusatz von Mehl gebacken; in drei Dörfern herrscht der Typhus. In einigen Kreisen ist der Skorbut ausgebrochen. Im Dorfe Pereljub ist schon längst kein Brot mehr vorhanden; „uns bleibt nur übrig zu sterben" — so erklärten die Abgesandten der Bauern. Im Kreise Nowousensk bedürfen 40 000 Personen der schnellsten Hilfe; in der Nähe von Pokrowsk herrscht der Skorbut. Die Beamten, die das Notstandsgebiet bereisen, erklären, daß dieses Jahr schlimmer ist als das Vorjahr; Brot ist nicht vorhanden, Vieh und Mobiliar sind verkauft, der Acker ist beim Dorfwucherer verpfändet. Hilfe erscheint von keiner Seite . . . dagegen werden Steuern und Rückstände eingetrieben und die letzten Habseligkeiten werden für diesen Zweck verkauft. Im Gouvernement Tschernigoff ist meist nichts geerntet worden. Hilfe kommt von keiner Seite. Die Bauern nähren sich nicht mit Brot, sondern mit den verschiedensten Surrogaten, verkaufen ihr Vieh, verpfänden die Äcker. Vielerorts liegen ganze Familien krank danieder. Im Gouvernement Ufa herrscht in zwei Dörfern Hungertyphus usw. usw."

Spanien.

Ein Polizeispitzel vor Gericht. In Barcelona sieht man jetzt der Eröffnung eines großen „Terroristenprozesses" entgegen. Hauptangeklagter ist der ehemalige Polizeispion Rull, der vom Staatsanwalt beschuldigt wird, die Behörden betrogen und selbst mit mehreren Spießgesellen die in den letzten zwei Jahren vorgekommenen Bombenattentate angestiftet zu haben, um weitere Gelder zu erpressen. Es wird gegen ihn eine fünffache Todesstrafe beantragt. Er droht dafür mit sensationellen Enthüllungen. Für zehn seiner Helfershelfer werden langjährige Zuchthausstrafen verlangt. — Man sieht wieder mal, wer die „Bombenattentate" macht.

Portugal.

Das letzte Mittel der Reaktion. Wie aus Portugal nach Madrid gemeldet wird, steht die Verhängung des Belagerungszustandes unmittelbar bevor. Wenn sich die Reaktionäre mit diesen Maßregeln nur nicht selbst in die Nesseln setzen.

England.

Frauen-Demonstrationen fanden gestern anläßlich der Eröffnung der Parlaments statt. Die Frauenrechtlerinnen hatten sich auf dem Weg vom Königsschloß zum Parlament mit Fahnen, auf denen „Stimmrecht für Frauen" stand, postiert.

Persien.

Die Unruhen in Täbris dauern fort. Es kam wiederum zu Straßenkämpfen, bei denen 20 Personen getötet sind. Die Unruhen sind eine Folge von Streitigkeiten zwischen der Reformpartei und den Gegnern des Parlaments. Auch in anderen Städten in Nord-Persien sind ähnliche Unruhen vorgekommen. In Täbris stockt der Handel.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 30 Januar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist streng stens fernzuhalten.

Eine Herabsetzung der Fahrradabgabe hat der Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung beschäftigt. Ihm lag zur Beratung ein Senatsantrag vor, der folgenden Nachtrag zum Gesetz betr. Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen vorsieht: Die §§ 4, 5 und 6 des Gesetzes vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung der Radfahrerwege, erhalten mit Wirkung vom 1. April 1908 nachstehende Fassung: § 4. Die Abgabe beträgt für jedes Fahrrad jährlich 3 Mk. Sie ist jährlich im voraus in der Zeit vom 1. bis 15. April für das Rechnungsjahr, welches vom 1. April des einen Jahres bis zum 31. März des folgenden Jahres läuft, gegen Quittung an das Polizeiamt zu entrichten. § 5. Für Fahrräder, die sich im Besitze oder in der Benutzung von gewerblichen Arbeitern (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen und Fabrikarbeitern) befinden, ist die Abgabe vom Polizeiamt auf Antrag auf 1 Mk. zu ermäßigen, wenn das Jahreseinkommen der Besitzer oder Fahrer 1200 Mk. nicht übersteigt und die Besitzer oder Fahrer nachweislich die Fahrräder ausschließlich oder wesentlich zum Fahren von ihrer Wohnung nach entfernt liegenden Arbeitsstätten benutzen. Das Polizeiamt ist befugt, bei gleichen Voraussetzungen auch für andere Personen die gleiche Ermäßigung der Abgabe eintreten zu lassen. § 6. Wird ein Fahrrad im Laufe eines Rechnungsjahres abgabepflichtig, so ist die Abgabe innerhalb 2 Wochen nach Eintritt der Abgabepflicht zu entrichten. Für die im Laufe eines Rechnungsjahres abgeschafften oder abhanden gekommenen Fahrräder findet ein Erlaß, eine Zurückzahlung oder eine Ermäßigung der Abgabe nicht statt. — Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des vorstehenden Nachtragsentwurfes seitens der Bürgerschaft. Ein Antrag des Herrn Röhn, nach welchem der Bürgerausschuß den Senat ersucht, die Legitimationsgebühr von 25 Pfennig für eine Radfahrkarte wieder aufzuheben und die Karte unentgeltlich zu verabfolgen, wurde abgelehnt.

Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Lübeck. Jahresbericht für das Jahr 1907. Das verflossene Jahr war ein überaus arbeitsreiches und im allgemeinen ein gutes, da die Konjunktur sich sehr gebessert hatte, wodurch eine große Zahl von Arbeitskräften mehr erforderlich waren. In den Monaten März und April war ein großer Zustrom von Arbeitern aus den Fabriken, ländlichen Distrikten und anderen Erwerbszweigen zu verzeichnen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Bauunternehmer, namentlich die Baugrößen, überall darauf bedacht waren, den aus den zurückgebliebenen Gegenden Zugereisten den Vorzug zu geben. Jedenfalls in der sicheren Meinung, diese gehörten der Organisation noch nicht an und ließen sich um so besser ausnützen. Jedoch auch diese Leute wurden von dem Geiste der Organisation erfaßt und mit gezogen. Auch bei den fremden Kollegen fängt es an zu tagen; immer mehr und mehr suchen auch sie sich durch Anschluß an die Organisation gegen die Ausbeutungssucht der Unternehmer zu wehren. Hoffentlich ist auch hier der Tag nicht mehr fern, wo es den Unternehmern im Baugewerbe nicht mehr möglich sein wird, aus der Unkenntnis unserer fremden und ausländischen Kollegen Kapital schlagen zu können. In erfreulicher Weise hat sich ein guter Stamm von Berufskollegen zusammengefunden, der als das Fundament für die Organisation betrachtet werden kann. Die Unternehmer haben auch in vielen Fällen versucht, die Bestimmungen des abgeschlossenen Tarifs zu durchlöchern, was aber durch die Entschlossenheit und Stärke der Organisation hintertrieben werden konnte. Es kamen einige kleine Plänkeleien vor. Wenn in Lübeck erfreulicherweise gesagt werden kann, daß eine starke disziplinierte Organisation vorhanden ist, so hat es auf den Landorten damit leider noch seinen Haken. Hier ist es Pflicht aller Kollegen, die Agitation nach Kräften zu unterstützen. Im Berichtsjahre fanden 23 Mitglieder-, zwei außerordentliche und eine öffentliche Versammlung statt. Vorträge wurden drei gehalten. Baudelegierten-Sitzungen fanden elf statt. Eine Baustatistik wurde veranstaltet. Die Fluktuation unter den Mitgliedern ist sehr groß gewesen. Bestand am 1. Januar 499 Mitglieder, am 31. Dezember 1907 531 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 208, zugereist 40, übergetreten aus anderen Verbänden: 33 Fabrikarbeiter, 2 Transportarbeiter, 4 Hafenarbeiter, 1 Staatsarbeiter, 1 Lederarbeiter. Abgereist sind 50, gestorben 7 sowie 2 Frauen der Mitglieder. Ausgetreten und ausgeschlossen sind 160, zum Militär eingezogen 5. Sitzungen fanden 51 statt, mit anderen Verbänden 3, mit den Maurern und Zimmerern 2, Tarifkommissionssitzungen 24, Vorstandssitzungen 19, Sitzungen der Kartellkommission 1, mit den umliegenden Zweigvereinen 1, mit dem Vorstand vom Arbeitgeberverband 1. Die Korrespondenz gestaltete sich wie folgt: es gingen ein 39 Briefe, 17 Postkarten und 13 Drucksachen; es gingen aus 47 Briefe und 55 Postkarten. Es wurden verkauft Beitragsmarken zu 40 Pfg. 1550 Stück, zu 50 Pfg. 2928 Stück, zu 55 Pfg. 5242 Stück, zu 65 Pfg. 12 660 Stück, Arbeitslosenmarken zu 20 Pfg. 127 Stück, Lokalfondsmarken zu 50 Pfg. 209 Stück, zu 20 Pfg. 7320 Stück; Ersatzbuch 25 Pfg., Futterale wurden verkauft 21 Stück zu 10 Pfg., Protokolle 60 Stück zu 20 Pfg., ein gebundenes zu 1 Mk. Bestand der Portokasse 4,37 Mk., sonstige Einnahmen 134,65 Mark, für Aufnahme 106 Mk., Gesamte Einnahme 15 050,37 Mark, Bestand vom 4. Quartal 1906 495,77 Mk. Summa 15 546,14 Mk. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug 9 757,55 Mark, der Lokalkasse 3644,86 Mk, bleibt ein Kassenbestand von 2143,73 Mk.

Mehr auf dem Kerbholz hat wahrscheinlich der Postassistent Metz, der im Laufe der vorigen Woche 14 000 Mark aus einem Wertpaket entwendete. Wie verlautet schwebt jetzt noch ein weiteres Verfahren gegen ihn: Vor einiger Zeit sind auf dem Postamte aus einem Pakete 114 Mk. gestohlen worden, über deren Verbleib noch keine Aufklärung geschaffen werden konnte. Man nimmt jetzt an, daß auch diese Tat dem Metz zur Last zu legen sei, da er sich in fortgesetzter Geldverlegenheit befunden haben soll.

Als Pächter der Restaurationslokalitäten auf dem neuen Hauptbahnhof haben sich 49 Personen gemeldet. Die Gebote derselben schwanken zwischen 4500 und 35 000 Mark.

Für 900 000 Mark wird nunmehr das Warenhaus Leo Leibholz u. Co. mit dem dazu gehörigen Warenlager vom Konkursverwalter zum Verkauf ausgeboten. Nach der Zeitschrift „Deutsche Konfektion" soll das Grundstück allein mit 1 208 000 Mk. zu Buch stehen. Man kann daraus ermessen, daß die Gläubiger ganz erheblich geschädigt werden.

Handelsregister. Am 29. Januar 1908 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Carl Rieck Nachflg. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter, Kaufmann J. H. Guhl in Lübeck, führt das Geschäft unter unveränderter Firma als alleiniger Inhaber fort; 2. bei der Firma Albert Grube in Lübeck: Die Prokura des J. H. Guhl in Lübeck ist erloschen. Dem L. H. O. R. Wulkow in Lübeck ist Prokura erteilt; 3. die Firma Wilhelm Garbe in Lübeck. Inhaber: Kaufmann J. H. Garbe in Lübeck.

Güterrechtsregister. Am 29. Januar 1908 ist bezüglich der Ehe des Eisendrehers H. L. F. Grammann und seiner Ehefrau H. M. geb. Jenzsch in Lübeck eingetragen: Der Mann hat das Recht seiner Frau, innerhalb des häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

pb. **Unterschlagung.** Gegen einen Buchhandlungsreisenden, der seinem Chef etwa 30 Mk. unterschlagen hat, wurde Anzeige erstattet.

pb **Diebstahl.** Von einem auf dem Gleis bei der Pelzerstraße am Kanal aufgestellten Eisenbahnwagen wurden in der Nacht vom 18./19. d. M. 3 eiserne Ringen gestohlen. Ebenfalls sind von mehreren am Produktentrang aufgestellten Wagen hiesiger Spedition Zubehörteile, wie Schamnägel 2c. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Handlungsgehilfe, der dringend verdächtig ist, sich des Diebstahls von Blausäure zum Nachteil eines Restaurateurs in Osnabrück schuldig gemacht zu haben. Bei einer Durchsuchung in seiner Wohnung wurden eine ganze Anzahl Herrenkragen, Manschetten, Vorhemden und Taschentücher gefunden, die er seinem früheren Chef in Osnabrück gestohlen hat.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: „Der Zigeunerbaron" gehört wie die „Fledermaus" zu den besten und wertvollsten Operetten. Daher hat es sich die Direktion zur Pflicht gemacht, die Operette in glanzvollem Rahmen Freitag auf den Spielplan zu setzen. Sonnabend findet keine Vorstellung statt, während Sonntag zwei Vorstellungen gegeben werden. Nachmittags 4 Uhr zu außerordentlich kleinen Preisen „Prinzessin Tulipane" oder „Die Reise nach dem Mond", abends 7½ Uhr die Oper „Traviata", in welcher Signorina Prevosti die Violetta singt. Der große Erfolg bewog die Künstlerin nochmals zu diesem einmaligen Gastspiel zurückzukehren und sicherlich werden alle Freunde ihrer hohen unübertrefflichen Kunst an diesem Abend sich im Theater versammeln. — Im Hansa-Theater findet Freitag das letzte Gastspiel des Stadttheater-Ensembles statt. Zur Aufführung gelangt „Dr. Klaus" von L'Arronge. Dieser Hinweis wird genügen, das Theater bis auf den letzten Platz zu füllen.

Grevesmühlen. Zum Streik in der Malzfabrik wird uns geschrieben: Von seiten der Betriebsleitung wird nunmehr versucht, den Arbeitern die Schuld an den ausgebrochenen Differenzen zuzuschreiben. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, den genauen Sachverhalt wiederzugeben. Im Januar 1907 wurde eine Vereinbarung getroffen, worin die Löhne genau festgelegt sind. Wie in allen Jahren, wurde ein Teil der Arbeiter nach Schluß der Kampagne zum Versand des Malzes weiter beschäftigt. Diesen Arbeitern wurde der Lohn pro Woche um 2—4 Mk., einem Arbeiter sogar um 6 Mk. gekürzt. Alle Versuche der Gauleitung, die Betriebsleitung zu bewegen, die vereinbarten Löhne zu bezahlen, wurden mit den Worten „Wem es nicht paßt, kann gehen" abgetan. Die Sonntagsarbeit sollte pro Stunde mit 50 Pfg. bezahlt werden; auch hier versuchte man, 10 Pfg. zu kürzen, erst nach ernstlichem Vorgehen wurden 50 Pfg. bezahlt. Weiter ist vereinbart, daß die Entlassung der Arbeiter nach Kampagneschluß nicht als Ausscheiden aus dem Betriebe gelte; es werden vielmehr dieselben bei rechtzeitiger Meldung zum Wiederbeginn wieder in Arbeit genommen. Obwohl die Arbeiter sich volle 4 Wochen vor Beginn gemeldet hatten, wurden als Ersteingestellte eine Anzahl betriebsfremde Arbeiter angenommen; als solche nicht genügend vorhanden, wurde Auslese unter den bisherigen Arbeitern gehalten. Von diesen wurden 7 Mann nicht wieder angenommen. Den Neuangestellten wurde zur Bedingung gemacht, dem Verbande nicht beizutreten. Nun versuchte Malzmeister Wiechmann die Leute einzeln vorzunehmen, um ihren Austritt aus dem Verbande zu bewirken. Nur bei zweien hatte er Glück; die übrigen wiesen solches entschieden zurück. Darauf begannen die Schikanen, sodaß wiederholt ob der Behandlungsweise die Leute sich bei der Firma beschwerten. Anstatt besser, wurde es noch schlechter, woraus zu schließen ist, daß der Malzmeister im Einverständnis mit der Betriebsleitung handelte. Obwohl alle Stellen besetzt waren, wurden Neueinstellungen gemacht und gleich darauf wurde mit Entlassungen begonnen. Geradezu lächerliche Gründe wurden herausgesucht, um die Arbeiter los zu werden: das zeigt zur Genüge dieser eine Fall: Ein Arbeiter richtete an einen Neueingestellten die Frage, welchem Verbande er angehöre. Die Folge war der Grund für die Entlassung. Nach zwei Tagen wurde wieder zwei Arbeitern die Entlassung angekündigt, weil sie das Schwerverbrechen begingen, dem Gauleiter zu sagen, wo momentan der Vertrauensmann zu finden sei. Letzterer sollte mit dem Gauleiter ob der Entlassungen bei der Firma vorsprechen. Hier zeigte aber die Betriebsleitung, worauf es abgesehen war; der Verbandsvertreter wurde aufgefordert, sofort das Geschäft zu verlassen. Somit war jede Möglichkeit, die Differenzen beizulegen, ausgeschlossen. Die zu unrecht abgezogenen Beträge von 40 bis 120 Mk. sind den Arbeitern bis heute noch nicht bezahlt worden. Nun fragen wir, wer hat den Kampf provoziert? Doch nur allein die Firma. Jahrelang konnte sie die Arbeiter täglich 12—15 Std. für einen Wochenlohn von 13—16 Mk. ausbeuten. Den Anschluß zur Organisation konnte sie ihren Arbeitern nicht vergessen. Wir gönnen der Firma gerne ihre gegenwärtigen Rausreißer, aber schon werden von den Brauereien Klagen laut, daß die Qualität des Malzes schlechter geworden sei. Es ist auch nicht anders zu erwarten, als daß das Malz, von vollständig ungeschulten Leuten hergestellt, qualitativ minderwertig sein muß. Bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit wird das biertrinkende Publikum Gelegenheit haben, Bierprobe zu halten aus dem nun erzeugten Malze. Alle Versuche des Arbeitswilligenagenten Z—w., die Ausständigen Bange zu machen, sind vergebens. Je länger die Firma auf ihrem Standpunkt verharrt, desto mehr werden die guten Kräfte anderweitig, teils sogar in Konkurrenzgeschäften Stellung nehmen. Zu einem ehrlichen Frieden bieten die Ausständigen aber jederzeit die Hand.

Segeberg. Feuer. Am Dienstag wurde das Viehhaus des Mühlenbesitzers C. H. Lorenzen eingeäschert; es verbrannten dreißig Schweine, zwei Rinder und größere Futtervorräte; die Entstehungsursache ist unbekannt.

Neumünster. Der Magistrat hat „schnelle Arbeit" gemacht, indem er die in der letzten Stadtverordnetensitzung ihm überwiesenen Entschädigungsansprüche der bei der Wahlrechtsdemonstration am 12. Januar durch Säbelhiebe der Polizisten Verletzten schlank ablehnte. Angeblich hat der Magistrat die vom Stadtverordnetenkollegium gewünschte Untersuchung und Zeugenvernehmung über die Vorgänge am 12. Januar unter der Hand vor Einreichung der Entschädigungsansprüche vorgenommen und nun als Ergebnis diese Ansprüche abgelehnt. Die Beschädigten werden nun im Wege der Klage gegen die Stadt vorgehen.

Hamburg. Eine drastische Widerlegung des Schwindels der Hafenbetriebsunternehmer, daß es im Hamburger Hafen nicht an Arbeit mangelt, bedeutet die Mitteilung, daß der Arbeitsmangel im Hamburger Hafen die Hamburg-Amerika-Linie veranlaßt hat, ihren auf vierwöchentlichen Kontrakt angenommenen Arbeitern den Vorschlag zu machen, sich mit der Einführung von einem bis zwei Feiertagen in der Woche einverstanden zu erklären, da sie sonst bei dem recht stillen Geschäft zur Kündigung von Arbeitern greifen müsse. Auch in den anderen Hafenbetrieben mache sich ein starker Arbeitsmangel geltend. Dabei stammt die vor einiger Zeit verbreitete Lügennachricht, es sei kein Arbeitsmangel im Hamburger Hafen vorhanden, gerade aus dem Bereich der Hamburg-Amerika-Linie! Das kennzeichnet die Hafenbetriebsunternehmer und zeigt, welcher Wert ihren Kundgebungen beizumessen ist.

Kiel. Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Ein trauriges Geschick ist dem Marineheizer Freese vom Linienschiff „Weißenburg" beschieden gewesen. F. beging am 4. Mai 1906 eine Anzahl Gewalttätigkeiten gegen Vorgesetzte, worauf er am anderen Tage vernommen wurde. Er erklärte von nichts zu wissen, doch wurde ihm der Prozeß in Aussicht gestellt. Bei der Fahrt seines Schiffes durch den Nordostsee-Kanal sprang F. dann bei Rendsburg über Bord. Er wurde aber ergriffen und nach schwerem Widerstand überwältigt. Das Kriegsgericht des 1. Geschwaders verurteilte ihn wegen der begangenen Ausschreitungen zu 3½ Jahren Gefängnis, wovon er 1½ Jahre in Köln verbüßte. Hier fiel er durch verschiedene Eigenheiten auf und man ließ ihn schließlich in Bremen auf seinen Geisteszustand beobachten. Es ergab sich, daß er erblich belastet ist und die Ausschreitungen im epileptischen Dämmerzustande begangen hat. Darauf sprach das Kriegsgericht ihn jetzt frei, auch entschied es, daß die Militärverwaltung ihm Schadenersatz für die zu Unrecht erlittene Haft zu leisten habe.

Rostock. Die Liberalen zur mecklenburgischen Verfassungsfrage. Lange genug haben sich die mecklenburgischen Liberalen in der Rolle derjenigen gefallen, die durch unterwürfige Ruhe den „Rittern" möglichst viel Vorteil abschmeicheln wollen. Nahmen sie aber doch einmal Stellung zur Verfassungsfrage, so bogen sie sich vor der Rittermacht. Jetzt haben sie aber eingesehen, daß dieses Biegen für die Ritter den sichersten Anreiz gibt, die gebeugten Liberalen ganz zu brechen. Dazu wollen diese aber es denn doch nicht kommen lassen. Deshalb sind die Liberalen jetzt von der Feigheit zurückgetreten — und zum offenen Verrat übergegangen! Der geschäftsführende Ausschuß des liberalen Landeswahlvereins hat nämlich in den letzten Tagen eine Broschüre herausgegeben, der wir nachfolgendes entnehmen: „Bis jetzt wissen wir noch nicht, wie die uns von unserm Großherzog versprochene „zeitgemäße" Verfassung beschaffen sein wird. Wir wissen aber, daß eine Verfassung auf ständischer Grundlage nicht zeitgemäß sein würde. Wenn diese trotzdem beibehalten würde, nun, dann bleibt im großen und ganzen alles beim alten, und wir können jede Hoffnung auf Besserung — soweit nicht die Reichsgesetzgebung maßgebend ist — für absehbare Zeit aufgeben. Wir hoffen aber, daß unser Landesherr unter „zeitgemäß" eine Verfassung verstanden hat, welche wenigstens entwickelungs- und fortbildungsfähig ist, wenn sie auch unsern — der Liberalen — Wünschen nicht ganz entsprechen sollte. Wenn wir diese Hoffnung auf eine Verfassung, welche geeignet ist, sich nach und nach umbilden zu lassen, aufrecht erhalten, so können wir auch erwarten, daß unsre Wünsche in bezug auf Besserung unsrer inneren Verhältnisse auch nach und nach in Erfüllungen gehen. Nach und nach! Damit werden wir uns bescheiden müssen, denn nach und nach haben sich alle Zustände entwickelt; dabei wird es bleiben müssen, wenn es auch oft schwer wird, die nötige Geduld zu bewahren." — Das ist nichts andres als Verrat! Die Liberalen erklären feierlichst den Verzicht auf die Vertretung liberaler Forderungen, sie gehen mit Pauken und Trompeten ins Lager der schlimmsten Volksfeinde über, wobei sie, um sich zu salvieren, etwas von einer Verfassung plappern, die „geeignet sein müsse, sich nach und nach umbilden zu lassen"! Politische Schande, dein Name ist Liberalismus!

Emden. Zur Reichstagsersatzwahl im 1. hannoverschen Wahlkreise sind bereits die Kandidaten aufgestellt: Für die Sozialdemokratie kandidiert an Stelle des Genossen Wagner Genosse Paul Hug-Bant; für die Nationalliberalen der Oberbürgermeister Fürbringer-Emden; für die Freisinnigen Gutsbesitzer Fegter in Kloster Aland bei Wirdum; für die Konservativen, den Bund der Landwirte und die Wirtschaftliche Vereinigung Rechtsanwalt Groeneveld in Weener. Der Wahlkampf wird voraussichtlich ein recht heißer werden, doch ist soviel sicher, daß in der Stichwahl nur derjenige mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen gewählt werden wird, der in bezug auf die Wahlrechtsreform in Preußen sich für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht einzutreten verpflichten wird.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Bitte einen Augenblick!

Möbel-Ausverkauf

Sandstr. 28, Ecke Schmiedestr. 2.

1908 ◐ 29 Tage

Sonnabend

1.

Februar.

Verkauf zu enorm billigen Preisen aber nur gegen sofortige Kasse.

Nur bis zum Sonnabend, den 1. Februar d. Js.

rate ich Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, mit Ihren **Möbel-Einkäufen** zu warten, da sich Ihnen eine Gelegenheit bietet, die wohl **nie wiederkehrt.** Nachdem die Fa. S. Sachs, Lübeck, Hüxstr. 41, das Haus der Firma Gebr. Senff, Sandstr. 28, Ecke Schmiedestrasse 2, gemietet hat, um **Anfang März** darin ein modernes **grossstädtisches Warenhaus mit Kreditbewilligung** zu errichten, habe ich das gesamte **Senff**sche **Warenlager** übernommen, um dieses **vollkommen sortierte Lager** bis dahin in einem

Riesen-Möbel-Ausverkauf

zu jedem nur irgend annehmbaren Preis zu verkaufen. Das Lager soll und muss unter allen Umständen in wenigen Wochen geräumt sein und kann nur jedem in seinem Interesse geraten werden, diese nie wiederkehrende Gelegenheit zu benutzen und schon heute seine Einkäufe zu machen. Einzelne Möbel oder komplette Einrichtungen, die von später heiratenden Brautleuten oder zum Umzuge gekauft werden, können in unseren grossen Lagerräumen ¼ Jahr kostenlos lagern.

Beginn dieses Ausverkaufs am Sonnabend, den 1. Febr.

J. Wangenheim.

Am Mittwoch morgen 10 Uhr verstarb nach kurzer schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Frau und meiner beiden Kinder treusorgende Mutter **Anna**, geb. **Krieger.** Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen.
P. Schröder u. Kinder nebst Eltern.
H. Meier und Frau, geb. Krieger.
E. Alsen und Frau, geb. Krieger.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 3¼ Uhr von der Vorwerker Friedhofskapelle aus statt.

Am Mittwoch mittag 2 Uhr starb unser kleiner süßer **Kalli** im zarten Alter von 1 Jahr und 3 Monaten.
Die tiefbetrübten Eltern
K. Funk u. Frau, Martha, geb. Lange.
Lübeck, Marlistraße 82, part.
Die Beerdigung findet Sonnabend morgen 9 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die uns anläßlich des Hinscheidens meines lieben Mannes erwiesene Teilnahme, sowie dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands sagen herzlichen Dank. **Elise Gewert Ww. u. Kinder.**

Danksagung.

Allen denen, die meinem verstorbenen Manne die letzte Ehre erwiesen, insbesondere den Kollegen vom Verbande der Staats- und Gemeindearbeiter sage meinen innigsten Dank.

Ww. Anna Harms
und Kinder.

Unserm Freund **J. Ehmcke** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch, dat de ganze Ludwigstrat wackelt, un wenn he lütten utgifft, kamen wie beten hen.

Ein Zimmer zu vermieten
Woche 2.50 Mk. Westhoffstr. 48, pt.

Ein flotter Damen-Masken-Anzug (Marinerin) zu vermieten. Näheres
Schönkampstraße 5, II.

Gesucht zum 1. oder 15. Februar
ein Mädchen
das kinderlieb ist, bei einem 4jährigen Kinde nach Schleswig. Näheres
Hansastraße 35, part.

Gesucht zu sofort ein
Tagesmädchen.
Martin Meyer, Schüsselbuden 8.

Rockschneider gesucht.
Martin Fürböter, Fleischhauerstr. 46.

Wegen Sterbefall ein kl. **Haus** zu verk., worin seit längerer Zeit ein Kolonialwaren-Geschäft betrieben wurde.
Näheres Gr. Vogelsang 9.

Billig zu verkaufen 1 Paar gefütterte **Schaftstiefel** mit Holzsohlen.
Sadowastr. 17, II.

Verloren von der Ortskrankenkasse **2 Bücher** mit den Namen Frau Ww. Gundlach und M. Brandt.
Abzugeben Ernestinenstr. 13a u. 16a.

Als Schneiderin
empfiehlt sich
Frau **Hamann.** Lützowstr. 32, p. l.

Für reelle **Tapezierarbeit,** Aufpolstern von Matr. u. Sofas w. 10 Jahre garantiert.
C. Becker. Langer Lohberg 26.

Kränze von 50 Pfg. an.
A. Bühse, Ludwigstr. 72 (Ecke Brolingstr.).

Infolge größerer Schlachtungen offeriere ich für
Freitag und Sonnabend
sehr schöne zarte

Ochsenleber.

Zu haben in meinen sämtlichen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.

Segler-Klub „HANSA".
Einladung zum Kappenfest
am Sonntag, den 2. Februar, im Seglerheim „Wakenitz-Bellevue".
Eintrittskarte im Vorverkauf 50 Pfg., eine Dame frei.
an der Abendkasse 60 Pfg.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe frei.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. **Der Vorstand.**

Gefunden eine Uhr. Abzuholen nach 5 Uhr.
Füchtingstr. 24, 1. Etg.

---

1 gebrauchtes Fahrrad 25 Mk.,
1 fast neues Fahrrad 55 Mk.,
neue Hand- u. Tritt-Nähmaschine
mit 5jähriger Garantie, zu jeden annehmbaren Preis.
O. Dortmundt Schwart. Allee 99.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Soeben ist in zweiter, neu durchgesehener Auflage erschienen

Geschlechtsverkehr
und
Geschlechtskrankheiten.

Von **Dr. E. Gebert.**
Preis 20 Pf. **Preis 20 Pf.**
Zu beziehen durch die
Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Kranken- und Sterbekasse „Amicitia".
E. H. Nr. 18.

General-Versammlung
am Sonnabend, 1. Febr.,
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Halbjahr 1907.
2. Wahlen nach §§ 18, 24 und 25.
3. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.

Infolge Erkrankung des Lehrers muß der **Unterricht in englischer Sprache** vorläufig **ausfallen.**
Der Wiederbeginn der Stunde wird bekannt gegeben werden.
Der Vorstand.

Achtung!
Schweinegilde für Fackenburg
und Umgegend.

General-Versammlung
am Sonntag, 2. Febr. 1908,
nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn **H. Dose.**
Der Vorstand

General-Versammlung
der alten Stockelsdorfer Schweinegilde
am Sonntag, 2. Februar,
nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn Paetau.
Tages-Ordnung:
Jahresbericht. Gehalt des Vorstandes.
Wahl und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Freitag, den 31. Januar. 8 Uhr.
Letztes Gastspiel.
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von L'Arronge.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Freitag, 31. Januar. 8 Uhr.
Mit neuer Ausstattung!
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Einmalige Kindervorstellung
Prinzessin Tulipane
oder: **Die Reise auf den Mond.**
30, 40, 50, 60, 75 Pfg., 1 Mk.,
abends 7½ Uhr,
des großen Erfolges wegen:
Einmaliges erneutes Gastspiel
Signorina Franceschina Prevosti.
Traviata.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 25. Donnerstag, den 30. Januar 1908. 15. Jahrg.

Die unfehlbare Polizei.

Das Kapitel über die Unfehlbarkeit der Polizei hat eine bemerkenswerte Bereicherung erfahren durch einen Prozeß, der am 20., 21., 22. und 24. d. M. vor der Strafkammer in Elberfeld verhandelt wurde. Angeklagt war Genosse Hoffmann von der „Freien Presse", er sollte die Elberfelder Polizei beleidigt haben. (Über den Ausgang haben wir schon kurz berichtet.)

Die Behandlung der Gefangenen im Polizeigefängnis bildete seit Jahren einen Gegenstand der Kritik im Publikum. Besonders waren es die in der Nachbarschaft des Gefängnisses Wohnenden, die sich über das aus dem Gefängnis kommende nächtliche Schreien, Jammern und Stöhnen beschwerten. Im Mai v. J. wurde in einem bürgerlichen Blatte diesen Klagen Ausdruck gegeben. In einer darauf erschienenen amtlichen „Aufklärung" hieß es, daß von Mißhandlungen keine Rede sein könne, überhaupt eine unvorschriftsmäßige Behandlung von Gefangenen nicht zu verzeichnen sei. Das Schreien und Jammern komme von Widerspenstigen, gegen die Gewalt gebraucht werden müsse, oder von Gefangenen, die ohne jede Veranlassung brüllten. Die „Freie Presse" wies darauf hin, wie wenig Glauben diese Darstellung im Publikum finde, die Spatzen pfiffen es von den Dächern, daß Mißhandlungen vorkämen. In dem System liege es, daß die Verwaltung, die vor allen Dingen ihre Beamten hört und diesen glaubt, erklären könne, es sei alles in schönster Ordnung. Der Artikel der „Freien Presse" war durchaus objektiv gehalten und frei von jeder formalen Beleidigung.

Schon am 21. August v. J. fand eine Gerichtsverhandlung statt, zu der eine Reihe von Zeugen aufmarschierte, die alle eidlich versicherten, mißhandelt, zum Teil schwer mißhandelt worden zu sein. Auf Verlangen des Polizeidezernenten Pfeiffer, der als Nebenkläger auftrat, wurde die Sache vertagt, damit er die Fälle erst untersuchen könne. Trotz der bestimmten Aussagen der Zivilzeugen machte man diese also von vornherein unglaubwürdig. Die „Bearbeitung" des Stoffes durch die Polizeiverwaltung war eine sehr gründliche. Zu der jetzigen Verhandlung wurden jedem der Entlastungszeugen des Angeklagten 4—5 Polizisten entgegengestellt. Über 100 Zeugen waren geladen, die zum größten Teil vernommen wurden. In den 20 zur Verhandlung gelangten Fällen stand stetig Aussage gegen Aussage. Die Zivilzeugen erklärten mit aller Bestimmtheit, geschlagen, gestoßen oder getreten worden zu sein, während die Polizeizeugen ebenso bestimmt deponierten, daß Mißhandlungen nicht vorgekommen seien.

Hier ein paar Beispiele: Der Zeuge Wüstermann: Als ich auf der Wache war, sagte der mich verhaftende Wächter: „Du Beest, jetzt habe ich Dich weit genug" Und dabei gab er mir einen Schlag ins Gesicht. Ich wurde hin und her geworfen, und als ich dalag, wurde auf mir herumgetreten. Ich war furchtbar zugerichtet, und als ich mich des Morgens bei dem Kommissar beschwerte, empfing mich dieser mit den Worten: „Wie sieht das Schwein aus?" — Zeuge Klöpnig: Ich hatte auf dem Kopfe zwei blutende Verletzungen, die vom Schlagen mit der Kette herrührten. — Zeuge Schumacher: Auf dem Wege von der Wachtstube zur Zelle erhielt ich einen Tritt an eine sehr empfindliche Stelle. Als ich protestierte, wurde ich zu Boden geworfen und getreten. Ich suchte abzuwehren und wurde dann in einer Zelle mit Hand und Fuß an die Wand gekettet. Als man mich gegen Morgen abnahm, war ich vor Kälte erstarrt. Ich war zum erstenmal verhaftet. — Zeuge Wirtz: Mein Freund wurde verhaftet, weil der Wächter sich durch eine Bemerkung beleidigt fühlte. Ich intervenierte und bekam einen Stoß vor die Brust und Schläge. Obwohl ich keinen aktiven Widerstand leistete, wurde ich verhaftet und gefesselt. Der Wächter zog die Kette fest an und sagte: „Ja, das soll weh tun." — Zeuge Eggert: Im betrunkenen Zustande war ich verhaftet worden. Als ich später an der Tür klopfte, um entlassen zu werden, bekam ich mehrere Schläge ins Gesicht. — Zeuge Blümer: Weshalb ich verhaftet wurde, weiß ich eigentlich selbst nicht. Ich ging aber ruhig mit und auf dem Wege von der Wachstube zur Zelle wurde mir zweimal ins Gesicht geschlagen. — Zeuge Schneider: Ich habe mich der Verhaftung nicht widersetzt. Als ich nach der Zelle gebracht wurde, schlug man mir mit einem Gegenstand ins Gesicht. Ich fiel hin, und als ich schon auf der Erde lag, wurde ich noch mißhandelt. Ich hatte mehrere Beulen am Kopf. — Ein anderer Zeuge wollte sich für einen wegen Lärmens verhafteten Freund verwenden, ihm wurde gesagt: „Wenn Sie nicht ruhig sind, bekommen Sie eins in die Schnauze!" Er wurde kurz darauf tatsächlich verhaftet und nach seinen Bekundungen auf der Wache mißhandelt.

Und so fort: Die meisten der von der Verteidigung geladenen Zeugen wollen auf dem Wege von der Wachstube zur Zelle mißhandelt worden sein. Dazu kam eine Anzahl Zeugen, die als unbeteiligte Zuschauer auftraten und über Mißhandlungen berichteten. Die Aussagen der Polizeizeugen machten durchweg den Eindruck des Schablonenmäßigen: Mißhandlungen sind nicht vorgekommen, es ist überhaupt nichts Unzulässiges geschehen. Zwar waren die blutigen Köpfe und das Schreien, Stöhnen und Jammern nicht hinwegzueskamotieren, aber, so bekundeten die Polizisten: manche Verhaftete brüllten ohne jede Veranlassung, und wenn geschlagen oder gestoßen wurde, so geschah es, weil sich die Verhafteten widersetzten. „Gegenüber Verhafteten kann man keine Höflichkeitsfloskeln gebrauchen, und wer nicht pariert, bei dem wird Gewalt angewendet", so sagte der Oberst der Elberfelder Polizei. Eine andere Rechtfertigung wußte er nicht zu finden. Und über die Grenze des Zulässigen entscheiden die Unterbeamten, meist Wächter, die zum großen Teile in ihrem Tagesberufe Handwerker, Schuhmacher, Schneider usw. sind. Der Wächter, welcher den Zeugen Wirtz verhaftet und mißhandelt hat, ist später entlassen worden, weil er bei einem nächtlichen Diebstahl Schmiere gestanden! — Mit Recht hob der Verteidiger, Rechtsanwalt Landi, hervor, daß bei den Delikten der Zivilzeugen, die mit der Polizei in Kollision geraten, es sich durchweg um Kleinigkeiten handele, wofür auch der Umstand spreche, daß sie mit kleinen Geldstrafen davongekommen sind. Unmöglich könne man deshalb diese Zeugen für unglaubwürdig erklären. Die Einzelheiten, die sie bekundet, können sie sich unmöglich aus den Fingern gesogen haben, es sind erlebte Dinge, die sie in ihrem ganzen Leben nicht vergessen. Anders die Polizeizeugen. Sie können jeden Einzelfall nicht jahrelang im Gedächtnis behalten und was sie vortrugen, sei weiter nichts gewesen als eine Auffrischung der Akten. In den Akten aber stand natürlich nichts von Mißhandlungen. Ihre so bestimmten Erklärungen entspringen aus weiter nichts als dem Unfehlbarkeitsdünkel, dem Glauben, sie dürften alles tun und hätten also nichts Unrechtes getan.

Es nutzte alles nichts. Die Autorität, die Unfehlbarkeit der Polizei muß gerettet werden. Zwar gab der Staatsanwalt zu, daß der Artikel zunächst einen „harmlosen und biedermännischen Eindruck" machte, aber so meinte er, man müsse „tiefer sehen", und da ergebe sich die Absicht der Beleidigung, besonders wenn man bedenke, daß die „Freie Presse" es auf den Kampf gegen die Polizei abgesehen habe. Der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten nicht zuerkannt und doch hätte man das gerade in diesem Falle erwarten müssen. Selbst gegenüber Mißständen, wie die hier in Frage kommenden, soll die Presse berechtigte Interessen nicht zu wahren haben.

Das Gericht schloß sich dem Staatsanwalt an, es glaubte den Polizeizeugen und erklärte somit alle die Zeugen für unglaubwürdig. Hoffmann wurde, wie schon gemeldet, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil bedeutet die Strangulierung selbst der sachlichsten Kritik an polizeilichen Zuständen.

Das Ende der Lokalorganisationen.

Als die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" ihren Kongreß am Sonnabend schloß, hielt es der Vorsitzende Schlenker für angebracht zu erklären:

„Diejenigen, welche den Untergang der Freien Vereinigung vorhersagten, haben sich schwer geirrt."

Auf den Trümmern noch pflanzt er die Hoffnung auf! — In Wirklichkeit hat die Majorität von 88 gegen 48 Stimmen, welche die Auflösung ablehnte, das Ende der Lokalorganisationen nicht abzuwenden vermocht.

Mehr als in irgend einem anderen Falle muß man hier die Stimmen wägen und nicht zählen. Die 48 Stimmen derer, die für die Auflösung in die Wagschale fielen, waren die der Vertreter der größten Gewerkschaften. Als diese notgedrungen das Verhandlungslokal verlassen mußten, bestand die „Freie Vereinigung" nicht mehr. Die Vertreter der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Fliesenleger, Isolierer, Kürschner und Bootsbauer haben hinter sich mehr als 11 000 Mitglieder von den etwas über 17 000 der Freien Vereinigung überhaupt. Was also von dieser noch vorhanden ist, ist zurzeit der „Allgemeine Metallarbeiterverband" mit 3000 Mann und daneben ein wüster Trümmerhaufen von weiteren 3000 Mann in zirka 20 Organisatiönchen. Von diesen ist natürlich nicht eine lebensfähig. Der „Allgemeine Metallarbeiter-Verband" hätte also die wenig lockende Aufgabe, die noch vorhandenen anarcho-sozialistischen, anarchistischen und syndikalistischen Grüppchen an seinem Tische zu speisen. Man kann es daher verstehen, wenn am Morgen nach der Abstimmung, nachdem nicht nur das Resultat, sondern auch der Effekt derselben zu übersehen war, ein Vertreter der Metallarbeiter seine Leyer auf die Melodie stimmte: „Der Starke ist am kräftigsten allein!" Selbst wenn der „Allgemeine Metallarbeiter-Verband" heroisch genug wäre, die finanziellen Lasten des Anarcho-Sozialismus in Deutschland auf seine Tasche zu nehmen, würde er an dieser Aufgabe bald verzagen müssen. Seine Mitglieder würden das nicht ertragen können und die Sozialdemokraten unter ihnen würden dagegen protestieren. Bei Strafe der Selbstvernichtung müssen also auch die

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.
(11. Fortsetzung.)

„Auch dazu möchte es zu spät sein," rief Danby spöttisch lachend; „denn Sunderland und Jeffreys so wenig wie Jakob selbst werden einen Tag einem von uns schenken, der mit dem Haag in geheimen Unterhandlungen stand, und davon läßt sich nichts abwaschen, Mylord Compton. Sie sind der eifrigste Briefschreiber an die Fürstin und ihren Gemahl gewesen."

„Ich habe die Fürstin unterrichtet," sagte der Prälat, „und verehre die Prinzessin Maria aufs innigste. Ich leugne nicht meine eifrige Teilnahme, aber dies Dokument erfordert die höchste Vorsicht. — Es bricht jede Brücke hinter uns ab und überliefert uns rettungslos dem Henker. Worin besteht die Bürgschaft, die man uns gibt?"

„Die Bürgschaft," sprach der Graf von Shrewsbury mit gedämpfter Stimme, „befindet sich in diesem Kabinett. Ein Abgesandter des Prinzen ist hier, um uns in seinem Namen alle Bürgschaft zu geben, die wir nötig haben."

Bei diesen Worten öffnete er eine Wandtür, entfernte sich einige Augenblicke und trat dann mit einem Herrn herein, der wie ein Londoner Bürger der damaligen Zeit aussah. Ein dritter, großer Herr, in einen Mantel gehüllt, den er vor sein Gesicht hielt, folgte und blieb an der Tür stehen, während die beiden bis zu dem Tisch vorschritten.

Der Fremde hatte einen kleinen, dreieckigen Tressenhut auf eine wulstige Perücke gesetzt, deren Zopf weit über seinen braunen, weiten Rock fiel. Dieser war mit schmalen Silberlitzen und blanken Knöpfen besetzt und bedeckte den stattlichen Körper des Herrn bis auf die hohen Stiefeln. Sein starkes Kinn versteckte sich in einer weißen Binde, und seine breiten, ergrauten Augenbrauen gaben ihm das Ansehn eines alten Mannes.

Mit stummer Neugier betrachteten die Verschworenen den Abgeordneten, den keiner kannte. Sidney, der am Hofe im Haag gut Bescheid wußte, warf sich mißmutig in den Stuhl zurück. „Nun bei Gott!" rief er, „ich hätte denken sollen, daß der Prinz zu diesem wichtigen Geschäft einen Mann gewählt hätte, der einigermaßen unser Vertrauen schon besäße."

„Allerdings," versetzte der Fremde, den Hut abnehmend und lauter lachend, als es schicklich war, „aber ich nehme an, daß er dies wirklich geglaubt hat." — Bei diesen Worten riß er die Perücke vom Kopfe, wischte Schminke und falsche Augenbrauen aus dem Gesicht und sah dann nach allen Seiten übermütig umher.

„So wahr ich lebe, Doktor Burnet!" rief der Lord. „Ha, Burnet, Sie wagen das Äußerste."

„Nicht mehr, als jeder von uns," erwiderte der berühmte Verbannte.

„Und wer ist das?" fragte der Graf von Devonshire — so erstaunt, als sähe er einen Geist.

Der Herr an der Tür hatte den Mantel vom Gesicht gezogen.

„General Churchill, der Günstling des Königs!" antworteten mehrere Stimmen.

„Sind wir verraten?" rief Lumley wild aufschreiend und die Hand an den Degen legend.

„Nein, nein," sprach Burnet lächelnd, „Sie kennen unsere Freunde noch nicht. Treten Sie näher, Churchill, ich stehe für Sie ein."

Doktor Burnet war eines der Hauptwerkzeuge, deren sich der Prinz Statthalter seit längerer Zeit bediente, um die Revolution in England vorzubereiten. — Er war ein Mann von vielem Geist und großen Kenntnissen, aber von ebensoviel leidenschaftlicher Unruhe, ein schottischer Hitzkopf, ein Prahler und Aufschneider von enormer Eitelkeit und Selbstgefälligkeit. Seine Unverschämtheit war sprichwörtlich geworden, aber er war bei allen seinen Fehlern ein außerordentlich kühner, unternehmender und unbeugsamer Mann, dessen glühende Kanzelberedsamkeit ebenso zauberhaft wie manche seiner Schriften wirkte. Sein volkstümlicher Ruf war über allen Zweifel erhaben. Er hatte den unglücklichen Lord Russell zum Schaffot begleitet und war tief verstrickt in alle geheime Intriguen der Parteien, die nach und nach zu Verschwörungen wurden. — Gilbert Burnet war unter den lockendsten Anerbietungen König Jakobs standhaft geblieben und hatte klug, wie er war, endlich England verlassen, als man ihn zu verfolgen begann. — Er war nach dem Haag gekommen, um dort in kurzer Zeit geistlicher Rat und Freund der frommen Prinzessin Maria zu werden, während er zugleich des Prinzen politischer Rat ward, der seine scharfe Feder im reichsten Maße zu benutzen verstand. — Der Prinz ließ sich die dreisten Ungezogenheiten des Doktors gefallen, wie von keinem anderen Menschen, und Burnet nahm dagegen die spöttischen Rügen seines erhabenen Freundes mit Gelassenheit in Empfang.

In England hatte man ihm den Prozeß gemacht wegen seiner hochverräterischen Schriften, und niemand wurde so sehr von Jakob gehaßt wie dieser unverschämte, vorlaute, geckenhafte Geistliche, den er als den Narren seines Jahrhunderts verachtete, aber ihn um namhaften Preis gern in Jeffrey's Händen gesehen hätte. — Bei alledem war Burnet im Haag wohlbehütet von dem Schwiegersohn vor dem Zorn des königlichen Vaters, der schreiben, fordern und in bitterer oder freundlicher Weise begehren konnte, was ihm beliebte, es fiel in Holland kein Blatt davor vom Baume.

Dieser Mann nun, den alle kannten, den sie um seiner Gaben willen achteten und heimlich verspotteten, erschien jetzt plötzlich als Abgeordneter des Prinzen mit allen seinen verschiedenartigen Eigenschaften ausgerüstet. — Ganz ungeniert, als sei er unter seinesgleichen, setzte er sich in den Kreis dieser stolzen Lords und rechnete ihnen vor, was sie zu erwarten hätten, wenn Wilhelm von Oranien sich nicht ihrer annähme. Mit seiner derben Unverschämtheit rückte er ihnen manche Verhältnisse ihres Lebenswandels vor, ihre Schulden, ihre Verschwendungen, ihren Leichtsinn, ihre früheren Verbindungen mit dem Hofe, ihre Ämter- und Stellenjagden, ihr ganzes Sündenregister und vermischte seine Ausfälle dann wieder geschickt mit Lobsprüchen über ihr endliches Erwachen und mit eindringlichen Schilderungen der Pläne des Königs, England papistisch zu machen und als absoluter Herr zu schalten.

„Ich sehe bei alledem nicht, Herr Doktor," sagte endlich Graf Danby, „daß Ihr uns irgend eine Bürgschaft gebt."

„Bin ich denn nicht selbst die beste Bürgschaft," rief Burnet lachend, „und habt Ihr nicht an mir und meinen Versicherungen genug, daß der Prinz aufrichtig entschlossen ist, Euch und England zu helfen?"

„Habt Ihr eine schriftliche Beglaubigung, ein Schreiben des Prinzen, das Euch legitimiert?" fragte der Graf.

Burnet wurde rot, seine Eitelkeit war schwer verletzt. „Nein, Mylord", sagte er sarkastisch, „ich bin kein Gesandter,

3000 Metallarbeiter der „Freien Vereinigung" den Rücken kehren.

Bleibt ein Rest von 3000 Mann, eine Ziffer, die es rechtfertigt, daß man vom „Ende des Lokalismus" in Deutschland sprechen darf.

Wie war das verhältnismäßig so schnell nach dem Tode des alten Keßler möglich? Ach, schon zu seiner Zeit bestanden die Lokal-Organisationen nicht mehr aus jenen historischen Gebilden, die aus rein prinzipieller Gegnerschaft gegen die Zentral-Verbände an ihrer Organisationsform festhielten. Das war manch abgesprengtes Häuflein aus den Zentralisationen, die wahrlich alles andere als ein Prinzip zu den Lokalisten geführt hatte. Die Entwickelung nahm außerdem den Lokalisten Einwand auf Einwand gegen die Zentralorganisationen. Das Verbindungsverbot für politische Vereine fiel, die eigene Abneigung gegen die Tarifverträge nahm in dem Maße ab, wie man in den Kreisen der „Zentralisten" nüchterner über diese dachte, und die erst verpönte Anstellung von Beamten wurde zur unumgänglichen Notwendigkeit. Man suchte nach neuen „prinzipiellen" Trennungsgründen. Da kam der Friedebergsche Anarcho-Sozialismus gerade recht. Aber statt die widerstrebenden Elemente zu kitten, zersprengte er sie vollends und die gewaltigen Schläge der Scharfmacher trafen das lockere Gebilde der „Freien Vereinigungen" viel schärfer als die festgefügten Zentralorganisationen.

So fand denn der Parteivorstand endlich für seine immer wieder unternommenen Anregungen zur Einigung der Gewerkschaftsbewegung einen wohlvorbereiteten Boden. Möge diese Einigung der deutschen Arbeiterbewegung zum Segen gereichen!

Soziales und Parteileben.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands zählte zu Beginn des Jahres 1907 etwa 6692 Mitglieder, am Jahresschlusse aber 8194 (nämlich 3631 männliche und 4563 weibliche). Das ergibt einen Reinzuwachs von 1502 Mitgliedern und zeugt von der stetigen und sicheren Weiterentwickelung des Verbandes. „Dieser Zuwachs", sagt das „Handlungsgehilfenblatt", „ist um so höher zu veranschlagen, als wir unsere Mitglieder ja nicht nur im Kampfe gegen die Prinzipalität zu werben haben, sondern gegen die Gleichgültigkeit und den Standesdünkel der Kollegen kämpfen müssen. Während andere Verbände dem Standesdünkel der Handlungsgehilfen schmeicheln, um leichter Mitglieder einzufangen, erblicken wir unsere Aufgabe darin, die Kollegen über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären und sie zu überzeugten Mitstreitern zu erziehen. Tue im neuen Jahre jedes Mitglied seine Pflicht und helfe nach Möglichkeit unsere Reihen verstärken, damit wir am Schlusse des neuen Jahres einen noch größeren Zuwachs verzeichnen können als im verflossenen Jahre 1907 und die Mitgliederzahl recht bald in das zweite Zehntausend hineinwächst."

Aussperrung im graphischen Gewerbe. Zur Herbeiführung von Tarifvereinbarungen haben sich in München die Organisationen der Lithographen, Steindrucker, Buchbinder und Buchdruckereihilfsarbeiter zu einem graphischen Kartell vereinigt. Das Kartell legte den Unternehmern gemeinsam einen Tarifentwurf vor. Während der Schutzverband jede Tarifunterhandlungen ablehnte, konnte das graphische Kartell vor dem Gewerbegerichte mit 13 dem Schutzverbande nicht angehörenden Firmen einen Tarif abschließen. Das Personal von zwei dem Schutzverbande angehörenden Firmen reichte vor 14 Tagen die Kündigung ein. Der Schutzverband forderte hierauf das Kartell auf, die Kündigung zurückzunehmen. Da sich das Kartell daran nicht scherte, haben sämtliche dem Schutzverbande angehörenden Firmen ihren sämtlichen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Der Schutzverband kündigt die Aussperrung von weiteren 14000 Arbeitern in ganz Deutschland an, falls innerhalb 14 Tagen eine Verständigung nicht erzielt werden sollte.

Ein „Kulturfortschritt!" Die Deputation für das Berliner städtische Obdachwesen hat gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Deputationsmitglieder die Einführung des Gummiknüppels für das Aufsichtspersonal in den Obdachlosenasylen beschlossen. Das ist wieder ein Markstein in der Geschichte freisinniger Kommunalfürsorge im zwanzigsten Jahrhundert!

Sittenbilder aus Agrarierland. Beim Gutsbesitzer Lang in Neundorf (Reuß j. L.) ist die schwachsinnige Dienstmagd Alwine Mathes seit 14 Jahren in Stellung. Sie war von der Gemeinde dem Gutsbesitzer in Pflege gegeben und mußte die schwersten Arbeiten verrichten. Ihr Bett war auf dem Heuboden aufgeschlagen, im Winter hat sie aber der Kälte wegen im Stalle auf einem Bund Stroh geschlafen. Jetzt ist das Mädchen in anderen Umständen. Die festgestellte Schwangerschaft gab den Behörden Anlaß zur Untersuchung des Falles. Dabei ist ermittelt worden, daß die drei Söhne des Gutsbesitzers Lang im Alter von 13, 15 und 18 Jahren seit längerer Zeit geschlechtlich mit ihr verkehrt, daß sie aber auch andere junge Leute aus dem Dorfe mit zu diesem Treiben hinzugezogen haben. Dat hat die bürgerliche Presse einen interessanten Stoff, um über die zunehmende Sittenlosigkeit und Verrohung der Jugend zu zetern. — Wegen Freiheitsberaubung ist am 29. Oktober v. J. vom Landgerichte Stargard in Pommern der Rittergutsbesitzer Emil Bethge zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, während sein Sohn Paul von derselben Anklage freigesprochen, aber wegen Körperverletzung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Die Ehefrau des Hauptangeklagten lebte von diesem getrennt. Als sie eines Tages wieder auf dem Gute erschien, gerieten die beiden Angeklagten mit ihr in Konflikt. Der Sohn mißhandelte die Mutter und der Vater sperrte sie in die Wohnung ein. Die von den beiden Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen. — Dem 17jährigen Landwirt Gustav Fink von Leusel sind drei unsittliche Handlungen an verschiedenen Personen weiblichen Geschlechts zur Last gelegt, deren er geständig ist. Die unter Öffentlichkeitsausschluß in Gießen stattgefundene Verhandlung führte zur Verurteilung des Angeklagten für den einen Fall, in welchem er bei einem Dienstmädchen Gewalt angewendet hat, zu 2 Monaten Gefängnis, der weitere Fall wurde als tätliche Beleidigung aufgefaßt und mit einer Woche geahndet, während bezüglich des letzten Falles Freisprechung erfolgte, da nicht feststand, daß ihm das jugendliche Alter des Mädchens bekannt war. Die Strafen wurden auf 2 Monate und 3 Tage Gefängnis zusammengezogen und ihm ein Monat Untersuchungshaft an die Strafe angerechnet. Auch erfolgte die Aufhebung des Haftbefehls.

Landarbeiterbehandlung in Preußen. Moderne Sklavenhalter hat man mit Bezug auf die ihnen durch die Gesindeordnung gegebene Willkürmacht mit Recht ostelbische Junker genannt. Vor der Glogauer Strafkammer stand dieser Tage wieder einmal ein solcher bedauernswerter Sklave, der Waldwärter Bolha, unter der Anklage, sich durch hartnäckigen Ungehorsam gegen seinen „gnädigen Herrn" Quehl in Gustau gegen das Gesetz von 1854 vergangen zu haben. Worin bestand das Verbrechen des Ärmsten? An dem fraglichen Tage war der mit 300 Mk. jährlich und Deputat bezahlte Waldhüter früh um 5 Uhr ohne Nahrung zur Arbeit gegangen und bis 8 Uhr ohne Unterbrechung im Walde tätig gewesen. Um diese Zeit brachte ihm seine Frau das Frühstück und Bolha wollte nun seine Arbeit unterbrechen, da der völlig leere Magen zur Pause mahnte. Doch Herr Quehl, der neben ihm stand, verbot es ihm; er solle später frühstücken, überhaupt sei eine Frühstückspause für ihn nicht festgesetzt. Trotzdem pausierte Bolha etwa eine Viertelstunde. Das war eine Gehorsamsverweigerung. Dann hatte der Waldhüter seinen Stock, den er während der Arbeit in seiner Nähe in die Erde gesteckt hatte, als er weiter vorrückte, gegen das Verbot des gnädigen Herrn schnell geholt, um ihn an einen Baum zu hängen. Das war der zweite Ungehorsam. Und schließlich hatte er ein von einer Arbeiterin zur Arbeit entliehenes Messer dieser mit einem Zeitaufwand von einer halben Minute zurückgebracht. Da Quehl das verboten hatte, war Bolha abermals des Ungehorsams schuldig. Er verlor seine Stellung. Überdies verurteilte ihn die Strafkammer in der Berufung, indem sie mit dem „gnädigen Herrn" annahm, daß Bolha sich nicht seiner untergeordneten Stellung gemäß benommen und sich des hartnäckigen Ungehorsams schuldig gemacht habe. — So geschehen im Kultur- und Rechtsstaat Preußen!

Was man dem Landarbeiter bieten darf. Der Großgrundbesitzer Hauptmann a. D. Fischer, Besitzer des Dominiums Fischerhof (unweit Jauer), Vorsitzender des dortigen Kriegerbundes, hat einen eklatanten Beweis für die Arbeiterfreundlichkeit der Großgrundbesitzer dieser Tage gegeben. Auf seinem Gute waren zur Fütterung der Ochsen ausländische Saisonarbeiter, Burschen von 16 bis 17 Jahren, verwandt worden, für die nach deren Abreise in die Heimat zwei einheimische Lohngärtner die betreffende Arbeit verrichten sollten. Sie erklärten sich auch dazu bereit, wenn sie denselben Lohn wie jene, nämlich pro Fütterung 10 Pfg. und Deputat, erhielten. Der Gutsherr wollte ihnen aber bloß 10 Pfg. geben, also weniger als den Ausländern. Da nun die Lohngärtner darauf nicht eingingen, so wurde ihnen seitens des Gutsherrn einfach gesagt: „Ich befehle Ihnen nunmehr, die Arbeit mit zu übernehmen." Damit glaubte er das „Recht" erwirkt zu haben, die Arbeiter wegen „Ungehorsams" sofort entlassen zu können. Und was man nicht für möglich gehalten, die einheimischen Arbeiter wurden, weil sie für ihre Arbeit nicht mehr, aber wenigstens soviel wie die ausländischen Burschen vergütet haben wollten, sofort entlassen! Nun sind die von dieser rigorosen Maßregel Betroffenen nicht etwa selbst schwer zu behandelnde, widerwillige Leute, sondern der eine wurde im vorigen Jahre für seine fünfundzwanzigjährigen Dienste bei dieser Herrschaft dekoriert und der andere ist drei Jahre dort in Stellung. — Dies der nackte Tatbestand. Die agrarischen Zeitungen, die „Deutsche Tageszeitung" voran, hüten sich, diesen Fall mitzuteilen: er könnte ja gar zu deutlich zeigen, was an der Landflucht Schuld ist. Es würde uns nicht wundernehmen, wenn einer der Scheinbauern der „Deutschen Tageszeitung" im Dreiklassenparlament gar den Fall als Beweis für Kontraktbruch der Arbeiter verwertete.

Die empfindliche Polizei. Behaussucht wurden die Geschäftsräume der „Freien Presse" in Elberfeld. Die Polizei bezeugte Sehnsucht nach einem Plakat, das im Schaufenster der Expedition aushing. Auf dem Plakat war das Urteil in dem schon erwähnten Polizeiprozeß mitgeteilt und die burschikose Bemerkung daran geknüpft, „daß das Urteil über die Polizei vom Publikum gefällt werde, welches allerdings die Schnauze zu halten habe". Dieses Plakat wurde nun der Gegenstand einer großen Aktion. Zunächst kam die Polizei, stellte sich vor das Schaufenster und schrieb das Plakat ab. Gegen Abend erschien dann die Kriminalpolizei, drei Mann hoch, und hielt eine Haussuchung ab, worüber ein umfangreiches Protokoll aufgenommen wurde. Das gefährliche Plakat wurde schließlich auch entdeckt und beschlagnahmt. Ganz Elberfeld aber atmet wieder auf, denn es ist einer fürchterlichen Gefahr glücklich entronnen.

Wegen Beleidigung eines „Gelben", des Vorsitzenden des „Nationalen" Arbeitervereins in Braunschweig, wurde Genosse Otto Friedrich vom „Volksfreund" zu Braunschweig vom dortigen Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe eventuell zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Eine Geschichte über den Austritt von 14000 lokalistischen Gewerkschaftlern macht die Runde durch die bürgerliche Presse; sie ist jedoch zehnfach übertrieben. Die Lokalisten haben in den letzten Jahren überhaupt nur 13—14000 Mitglieder gehabt, von ihnen sind inzwischen etwa 8000 zu den zentralisierten Gewerkschaften übergetreten und es bleiben also wenig über 5000 Mann übrig, von denen ein Teil längst im anarchistischen Lager steht und beim Rest noch manch alter Genosse sich befindet, der sich den Austritt aus der Partei zehnmal überlegen wird. Alle diejenigen aber, die innerlich nicht mehr zur Fahne der Sozialdemokratie schwören, sollen ruhig gehen, sie gehören so wie so nicht zu uns.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 29. Januar 1908.

89. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: von Tirpitz, Freiherr von Stengel.

Die Budgetkommission beantragt Annahme der Vorlage, deren Hauptinhalt die Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe und Kreuzer von 25 auf 20 Jahre ist.

Graf Oriola (NL.) ist mit der Vorlage einverstanden, hätte aber lieber ein schnelleres Bautempo gewünscht. Wir wünschen sobald als möglich eine vollwertige Flotte zu haben. Nach wie vor halten wir die Tätigkeit des Flottenvereins für rühmlich, bedauern aber die inneren Zwistigkeiten in demselben. — An Zahl der Schiffe England gleichzukommen, daran kann kein ernsthafter Politiker denken. — Redner preist die Sozialpolitik des Reichsmarineamts und erklärt es für unpatriotisch, die Bewilligung von der Deckungsfrage abhängig zu machen. (Bravo! bei den NL.)

---

den ein gekröntes Haupt an seinen ebenbürtigen, königlichen Bruder sendet. Bedenkt die Verhältnisse, zudem aber verlange ich nicht von Euch die schriftliche Erklärung und Einladung. Sendet einen Vertrauten damit nach dem Haag und laßt Euch von ihm berichten."

„Vielleicht," fragte Lord Lumley, indem er auf Churchill deutete, „könnt Ihr uns besser sagen, welche Deutung wir der Anwesenheit dieses Herrn geben sollen?"

„Meiner Treu!" rief der Doktor, „ich dächte, darüber brauchte man am wenigsten eine Erklärung. Aber reden Sie selbst, General, sagen Sie diesen Herren, was Sie bewogen hat, mich zu begleiten."

Der schöne, stattliche Baron trat näher und sagte ungezwungen, wie ein Hofmann: „Sie kennen mich alle, Mylords, und wissen, daß meine Frau die Ehre hat, die Freundin ihrer hohen Gebieterin, der Prinzessin Anna, zu sein."

„Eine Freundschaft, die so zärtlich ist," fiel Burnet ein, „daß Ihre königliche Hoheit nichts tut, was Lady Sara Churchill nicht billigt. Da nun die Frau nach den Geboten Gottes dem Manne untertan sein soll, und Lady Churchill eine gehorsame Frau ist, so haben wir hier einen einfachen Kettenschluß, der darauf hinauskommt, daß der General, welcher sich hier befindet, nur hier sein kann, weil er seit längerer Zeit schon die Briefe Ihrer königlichen Hoheit und die der Lady Churchill nach dem Haag beförderte und dem Prinzen Statthalter dabei solche Versicherungen erteilte, daß ich beauftragt wurde, ihn aufzusuchen, mit ihm mich zu verständigen und ihm volles Vertrauen zu schenken."

„Ich hoffe dies zu verdienen," erwiderte der Baron, „und wem es wunderbar scheinen könnte, daß ich, den die Welt einen Günstling des Königs nennt, mich hier befinde, der weiß nicht, daß ich schon vor einem Jahre nach dem Haag schrieb, ich sei bereit, mit Blut und Leben ein Märtyrer für die gute Sache meines Vaterlandes zu werden. Seit dieser Zeit aber hat sich nichts gebessert. Der König will nicht hören auf die Stimme des Rechts und der Vernunft, seine Priester und Kreaturen treiben ihn zum äußersten; man muß ihn daher seinem Schicksale überlassen."

„Und für sich selbst sorgen, wie es klugen Leuten geziemt," murmelte Lumley verächtlich vor sich hin.

„Eine Frage, Baron Churchill, sprach der Bischof, „Weiß die Prinzessin, daß Sie sich hier befinden?

Der General schwieg einen Augenblick, dann sagte er lächelnd: „Nein, aber — meine Frau weiß es."

„Und das ist genug", rief Burnet lachend. — „Churchill hat mir versprochen, unter seinen Freunden tätig zu sein. Er versichert mir, daß die Hälfte der Offiziere auf den ersten Schlag abfällt, daß der König weder auf das Heer, noch auf die Flotte mehr rechnen kann. — „Überhaupt aber", fuhr er mit stärkerer Stimme fort, „nennen Sie mir irgend eine sichere Stütze, die dieser König noch besitzt! Er hat nichts für sich als die Feigheit und Trägheit der großen Masse, die Furcht vor Jeffreys und seinen Henkern und die entarteten Banden der Hofleute, Hoflieferanten, Spione und aller der Elenden, welche Vorteile aus des Königs Gewalttaten und des Königs Hofhaltung ziehen und alles Heil, wie alle Ehre, Freiheiten und Rechte ihres Landes für einen Bedientenanteil am allgemeinen Raube verkaufen. — Was zögern Sie also, Mylords, jene Schrift zu unterzeichnen, die den Prinzen herbeiruft, und ohne die er nicht kommen kann, wenn er kein Usurpator sein will! — England muß den Befreier rufen. Sie haben gesehen, was Aufstände heißen, die ein Argyle, ein Grey oder Monmouth beginnt. — Mit solchen Aufständen wird nichts getan, sie führen Staat und Volk ins Verderben und können leicht die Diktatur eines Plebejers, eine Republik und einen zweiten Cromwell zur Folge haben. — Ich hasse und verabscheue diesen Gedanken, und aufrichtig, Mylords, der Prinz, der seines königlichen Blutes sich bewußt ist, hat darum so lange gezögert zu kommen, weil er fürchtete, daß eine wilde Demokratie hier aufwuchern könnte. Fassen Sie jetzt nicht zu, so wird endlich das Volk selbst handeln, und wenn irgend ein Brauer oder Fleischer aus London oder Preston Jakobs Thron umstürzt, wo werden die Lords des Oberhauses dann bleiben?! — Rufen Sie den Statthalter herbei, so rufen Sie auch die rechtmäßige Thronerbin, die Prinzessin Maria. — Die ganze Revolution besteht sonach darin, daß nichts verändert wird, als der König. — Ich hoffe nicht, daß jemand hier ist, der den Prinzen von Wales für einen rechtmäßigen Thronerben erachtet? — Wenn das nicht ist, so gehört der Thron der Gemahlin des Statthalters, der berechtigt ist, dafür zu sorgen, daß er nicht entweiht werde. Rufen Sie den Prinzen, Mylords, und Sie tun, was Gewissen, Pflicht und Ehre gebietet. — Er wird kommen, und die Steine in England werden sich für ihn erheben, alles ist reif dazu. — Welche Bürgschaften wollen Sie noch von mir, nachdem der General Churchill hier erschienen ist? Es gibt kaum einen in des Königs nächster Nähe, der ihm treu bleiben wird. Er ist ein verlorener Mann. Öffnen Sie die Augen, Mylords, wollen Sie noch länger zaudern und warten, bis andere kommen, — dann Wehe Ihnen selbst, Sie werden mit ihm fallen!"

„Geben Sie die Feder her, Doktor Burnet," sagte Graf Shrewsbury aufstehend — „ich unterschreibe!"

„Wir alle!" riefen die Verschworenen sich erhebend.

Und schweigend unterzeichneten sie die berühmte Schrift. — Doktor Burnet sah lächelnd zu, und während er mit Churchill sich leise unterhielt, gingen die Beratungen weiter, wie das gefährliche Schreiben nach dem Haag zu bringen sei.

Der Graf von Shrewsbury hatte für den richtigen Boten gesorgt. Er war die Seele dieser Verschwörung. Er, den seine Zeitgenossen den König der Herzen nannten, und von dem sie behaupteten, es sei unmöglich ihn nicht zu lieben, hatte trotz seiner lockeren Grundsätze den Ruf des edelsten und rechtschaffensten Charakters. Er war Protestant geworden aus Überzeugung und hatte damit eine Popularität ohnegleichen gewonnen. Keine königliche Bitten und Versprechungen hatten etwas über ihn vermocht. Er hatte seine Ämter und Würden verloren und war stolz zurückgetreten, belohnt von dem Beifall des Volks. Umsomehr war der Haß des Hofes ihm zugefallen, und wenn ein Haupt in Gefahr war, so war es das seine.

„Hier ist der Mann, der unsere Botschaft ausrichten wird, und hier ist ein Begleiter, der im Notfall ihn ersetzen soll," sagte der Graf, indem er zwei Matrosen ins Zimmer führte.

Erst nach einigem Besinnen wurden sie erkannt. Es war der Admiral Herbert, dem Jakob alle seine Ämter genommen hatte, einer der kühnsten und verwegensten Seeoffiziere.

„Ha, Herbert," rief Graf Danby, „das sieht Euch ähnlich. Ihr wollt das gefährliche Abenteuer wagen?"

„Ich will es wagen", antwortete der Admiral, „als wenn ich zehn Hälse hätte."

„Und wer ist das, der mit Ihnen gehen soll?" fuhr Danby fort.

„Es ist mein Vetter, William Howe," sagte Shrewsbury, „einst Gardehauptmann des Königs, jetzt aber entfernt und," fügte er lächelnd hinzu, „wie ich denke, mit dem besonderen Hasse Jeffreys' beehrt."

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Wiemer (FVp.): Von der Notwendigkeit dieser Vorlage überzeugt, stimmen wir unter voller Wahrung unserer expropten Prinzipien (Gr. Heiterkeit l. Ztr. und b. d. Soz.) ihr zu. Für jetzt wollen wir über die Vorlage nicht hinausgehen; für die Zukunft halten wir uns unter Wahrung unserer Grundsätze (Erneute fröhliche Heiterkeit im Ztr. und bei den Soz.) freie Hand vor. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Die einseitige Agitation des Flottenvereins mißbilligen wir. An der Lösung der Deckungsfrage werden wir im Sinne unserer freiheitlichen Grundsätze (Erneutes Lachen im Ztr. und b. d. Soz.) nach bestem Wissen und Willen mitarbeiten. (Beifall bei den Freis., schallendes Gelächter bei d. Soz.)

Dr. Spahn (Z.) [Auf der Tribüne schwer verständlich] scheint die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage auszusprechen, aber nur unter Voraussetzung vorheriger Lösung der Deckungsfrage. Redner wendet sich gegen die exaltierte Agitation des Flottenvereins und gegen die Speisung der „Frankfurter Zeitung" mit Mitteilungen aus dem Reichsschatzamt.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel bestreitet, die „Frankfurter Zeitung" mit Mitteilungen gespeist zu haben und beklagt sich lebhaft darüber, daß alle Steuerpläne, die er auf einsamen Spaziergängen ausdenkt, am andern Morgen gleich in der Zeitung stehen. (Stürm Hkt.) Detaillierte Mitteilungen über die neuen Steuerpläne kann ich noch nicht machen; ich kann nur sagen, daß es sich um die Verstaatlichung eines Teils des Zwischenhandels mit Branntwein handelt und ferner um die Einführung einer Banderolensteuer auf Tabak und Zigarren. (Unruhe links.) Redner bittet, auf die Steuervorlagen doch erst zu schelten, wenn sie vorliegen. (Heiterkeit.) Jedenfalls werden bei neuen Steuern die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung geschont werden.

Frhr. v. Richthofen (K.) tritt für die Vorlage ein. Rußlands Beispiel zeige warnend die Notwendigkeit einer starken Flotte. Der Flottenverein verdient Anerkennung; über seinen allzu weitgehenden Forderungen können wir nicht zustimmen. (Beifall rechts.)

Bebel (SD.): Daß die Freisinnigen für die Vorlage stimmen würden, wußten wir. Es entspricht ganz ihrer Haltung seit dem 29. Januar und dem 5. Februar vorigen Jahres. Die ganze Stellung der bürgerlichen Parteien gegenüber Rüstungsfragen ist eine völlig andere geworden; eine ernsthafte Opposition besteht in ihren Reihen garnicht mehr dagegen. Die Nationalliberalen werden sich freuen, daß ihre freisinnigen Nachbarn sich jetzt zu ihrem Standpunkt bekehrt haben. Wenn übrigens Graf Oriola fürchtet, daß eine neue Flottenvorlage nicht so bald kommen wird, so ist diese seine Furcht vor einer flottenbaulosen Zeit gegenstandslos. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird nicht lange währen, und wir haben eine neue Flottenvorlage, die dritte seit 1900. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Der Flottenverein hat die Tendenz, in geradezu gewissenloser Weise — ich erinnere an das Wort von den schwimmenden Särgen — unsere Flottenverhältnisse so ungünstig wie nur möglich darzustellen, wobei er vor den schlimmsten Vorwürfen gegen das Reichsmarineamt nicht zurückschreckt. Die jetzige Vorlage setzt die Altersgrenze der Schiffe wiederum herab. Außer Deutschland hat keine Nation die Altersgrenze der Schiffe gesetzlich festgelegt und die Lebensdauer der deutschen Schiffe ist die kürzeste. Graf Oriola hat ein schnelleres Bautempo verlangt. In charakteristischer Weise hat der Staatssekretär seine Bereitwilligkeit erklärt, dafür einzutreten, falls es dem Grafen Oriola gelingt, eine Mehrheit für seine Forderung zu gewinnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir ersehen daraus, daß man an entscheidender Stelle den lebhaften Wunsch hegt, die Flotte noch über die jetzige Vorlage hinaus bedeutend zu verstärken. Man wünscht ins Unendliche weiter zu bauen, ohne nach den Mitteln zu fragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der altfränkischen Sitte, für neue Einnahmen zu sorgen, wenn man neue Ausgaben schafft, hat man bei dieser Vorlage bereits gebrochen. Man bewilligt, ohne nach der Deckung zu fragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn so die Stimmung im Reichstag ist, wie kann man sich da über die extravaganten Forderungen des Flottenvereins wundern. Auf den inneren Froschmäusekrieg im Flottenverein, diese belanglose Lappalie, gehe ich nicht ein. Auch ohne den Flottenverein hätten wir die Flottenvermehrung bekommen. Immerhin hat der Flottenverein anfeuernd gewirkt, und seit Fürsten ihm beigetreten, war der Zulauf zu ihm ein starker. Ergab sich doch dabei die Möglichkeit, einen kleinen Orden ins Knopfloch zu bekommen. (Beständ. Erröt. b. d. Freis.) Herr Keim war, wie die gewiß unverdächtige „Post" schrieb, bei seinem Eintreten in den Flottenverein nur Oberst, und wurde erst nachher zum General ernannt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Was in Sachen der Flottenvorlagen an Umfall, an Prinzipienverrat in den bürgerlichen Parteien geleistet worden ist, geht ins Aschgraue. Die Nationalliberalen brauchten allerdings das Umfallen nicht zu lernen, denn sie haben es seit Gründung ihrer Partei geübt. (Lebh. Hkt. b. d. Soz. Unruhe b. d. Natl.) Die Agitation des Flottenvereins hat die völlige Billigung des Fürsten Bülow gefunden, der die Wahlbeeinflussung in einer Weise verteidigt hat, daß der dritte Napoleon ihm gegenüber als der reine Waisenknabe dasteht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich erinnere auch an das Wort des Kaisers zum Präsidenten des Flottenvereins, den Fürsten Salm: Die Wahlen sind ja famos ausgefallen. Das mache man also Kindern vor, daß der Flottenverein kein politischer Verein ist. — Die Vorredner haben bestritten, daß die Flottenvorlage sich gegen England kehrt. Ich gebe zu, daß die Cuxrede des Kaisers beim Englandbesuche einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht hat. Aber zwei Tage später, als die jetzige Flottenvorlage in England bekannt wurde, schlug die Stimmung in England augenblicklich um. Der englische Friedensapostel Stead erklärte, daß die neue deutsche Flottenvorlage das Signal für neue englische Rüstungen geben werde, da England seine Seeherrschaft behaupten müsse. England wird niemals glauben, daß die deutschen Seerüstungen nicht gegen England gekehrt sind, da Frankreich uns auch zur See nicht gewachsen ist, und andere Mächte garnicht in Frage kommen. Der Moment kann kommen, wo England zu Deutschland ähnlich steht, wie Japan zu Rußland im Jahre 1904, wo es sich sagt, daß, wenn es jetzt nicht losschlägt, es zu spät ist. Diese Gefahr provozieren wir. (Zustimmung bei den Soz., Unruhe rechts und bei den Natlib.) Diese Anschauung ist in England weit verbreitet. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei dem Reichstage sind zahlreiche Petitionen eingelaufen, welche weit hinaus über diese Vorlage Mehrausgaben für die Flotte verlangen. Von der Deckung ist in diesen Petitionen nicht die Rede. Wir haben ja eben erst wieder vom Schatzsekretär gehört, daß wiederum die breiten Massen geschröpft werden und die Besitzenden frei ausgehen sollen. Es ist geradezu eine Schamlosigkeit, für die Vermehrung der Flotte zu agitieren und keinen Pfennig dafür aus eigener Tasche ausgeben zu wollen. Dieselben Klassen, die nach einer Flottenvermehrung schreien, schreien Zetermordio über jede Erhöhung der Einkommensteuer. (Widerspruch b. d. Natl.) Einzelne Nationalliberale denken vielleicht anders. (Zuruf bei den Natl.: Unsere ganze Partei.) Nun, dann beantragen Sie die Einführung der Reichseinkommensteuer! (Zuruf b. d. Natl.: Reichsvermögenssteuer!) Auch gut. Die Hauptsache ist, daß der große Geldbeutel angefaßt wird. (Heiterk. und Beifall b. d. Soz. und den Natl.) Ich freue mich, daß wir in dieser Beziehung einig sind. (Heiterk. b. d. Soz.) Aber bitte, halten Sie Wort. (Heiterk. b. d. Soz.) Bisher schmeckte der deutsche Patriotismus immer bedenklich nach Klassenegoismus. Ich will mich freuen, wenn es jetzt anders werden würde. (Lebh. Beifall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär v. Tirpitz bestreitet, daß die deutschen Schlachtschiffe die kürzeste Lebensdauer haben und erklärt, daß er dem Grafen Oriola nur seine militärische, nicht seine politische Unterstützung für den Fall, daß eine Mehrheit im Reichstage für weitergehende Flottenvermehrungen vorhanden sei, in Aussicht gestellt habe. Redner bestreitet, daß die neue Vorlage in England beunruhigend gewirkt habe. England ist stets in der Lage, den Vorsprung zu behaupten, wie kann man sagen, daß die Existenz einer starken Flotte provozierend wirkt? Im Interesse unseres Vaterlandes, das doch auch Bebels Vaterland ist, sollte Herr Bebel nicht so mit dem Feuer spielen. (Bravo! beim Block.)

Dr. Arendt (Rp.): Herr Bebel hat den englischen Chauvinisten Waffen in die Hand gegeben. (Lachen b. d. Soz.) Wenn der große Geldbeutel alles zahlen soll, dann wird er leer. (Lachen b. d. Soz.) Redner freut sich darüber, daß das Zentrum die ausschlaggebende Stellung im Reichstage verloren habe, und behauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter der großzügigen deutschen Flottenpolitik stehe. (Bravo! rechts.)

Mommsen (FVg.) warnt vor dem Chauvinismus, erklärt sich namens seiner Fraktion für abgeneigt über die jetzige Vorlage hinauszugehen, freut sich, daß Herr Wiemer im Einklang mit Anschauungen, wie sie schon der verstorbene Rückert vertreten hat, den Standpunkt vertrete, Marinefragen rein technisch zu betrachten und weigert sich, sich schon jetzt für die Deckung festzulegen. (Bravo! b. d. Freis.)

Liebermann v. Sonnenberg (WVg.) äußert unter zustimmender Heiterkeit der Soz. Zweifel an der freisinnigen Einigkeit und spricht sich für die Flottenvorlage aus.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, worauf sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Marineetat event. Justizetat.)

Schluß 6 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Die bestrafte Armut. Der 13 Jahre alte uneheliche Sohn eines Dienstmädchens war von der Stadtgemeinde Königsberg in Pflege gegeben worden. Diese richtete nun im Vorjahre an die Mutter mehrfach die Aufforderung, zur Unterhaltung ihres Sohnes beizutragen. Das konnte das arme Mädchen nicht, denn sein wöchentlicher Verdienst betrug nur 6 Mk., wovon es sich Wohnung und Unterhalt beschaffen mußte. Später bezog es 18 Mk. monatlich bei freier Station. Wegen Übertretung des § 361,10 wurde deshalb Anzeige gegen sie erstattet. Danach wird mit Haft bestraft, wer, obschon in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Das Schöffengericht besaß jedoch etwas „soziales Gewissen" und sprach das Mädchen frei. Aber im Rate des Staatsanwalts war es anders beschlossen. Gegen das freisprechende Urteil wurde Berufung eingelegt, und am Sonnabend verurteilte die Strafkammer in Stettin die arme Mutter zu einer Geldstrafe von 3 Mk.! Wenn man berücksichtigt, daß das Mädchen seiner Unterhaltungspflicht trotz seiner Armut seit einiger Zeit nachgekommen ist, dann muß man das Urteil einfach unverständlich nennen. Die Armut wird nun noch obendrein bestraft — natürlich: „Von Rechts wegen!"

Der Sanitätsrat als Weinfälscher. Vor der Strafkammer Mainz hatte sich am 25. Januar der 63jährige Sanitätsrat Dr. med. Adam Rolly in Osthofen wegen Weinfälschung und Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte, der eine große ärztliche Praxis besitzt, hat in Osthofen 8 Morgen Weinberge und außerdem in Bechtolsheim etwa 14 Morgen. Der Angeklagte soll in den letzten Jahren seinen Wein durch wässerige Zuckerauflösung überstreckt und durch Tresterweinverschnitt verfälscht haben. Ferner soll er verdorbenen Rotwein feilgehalten haben. Die Urkundenfälschung soll er dadurch verübt haben, daß er vom Kellerkontrolleur Bierschenk erhobene Proben von beanstandetem Wein unter Entfernung des Siegels aus den Flaschen entleert und dann guten Wein in die Flaschen gegossen, um auf diese Weise durch die chemische Analyse ein günstiges Resultat herbeizuführen. Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe und in die nicht unbedeutenden Kosten verurteilt. Die Einziehung der beschlagnahmten Weine, etwa 14 Stück, wurde ausgesprochen und Urteilspublikation in der „Deutschen Weinzeitung" und in der „Wormser Zeitung" verfügt.

Dreckschwein — eine erlaubte Beleidigung. Die Dienstmagd Anna Rauchfuß war vom 1. April 1907 bis zum 24. November bei dem Kaufmann Malefort in Stellung gewesen und hatte sich gut geführt. Als sie am letztgenannten Tage eine leere Bratheringsdose auf den Hof warf, wurde sie von ihrem Herrn Dreckschwein genannt und verließ wegen der Beleidigung den Dienst. Das Schöffengericht Halle, vor dem das Mädchen wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes angeklagt war, sprach die Angeklagte, die wegen der Beleidigung mit Recht den Dienst sofort verlassen konnte, auf Grund des § 626 des B. G.-B. frei. Die Strafkammer kam auf eingelegte Berufung des Amtsanwalts zu der entgegengesetzten Ansicht und verurteilte das Mädchen zu 6 Mk. Geldstrafe. — Im „Rechtsstaat" Preußen wird also jemand, der das Unglück hat, nicht mit einem Geldsack geboren zu werden, noch obendrein bestraft, wenn er sich die frechsten und gemeinsten Beschimpfungen nicht gutwillig gefallen läßt! Schmach und Schande über solch barbarische Zustände!

Ein Zeichen der Zeit. Bei einer Abteilung des Schöffengerichts Köln wurden am Sonnabend 32 Bettler aus der Haft vorgeführt. Sie erhielten von 3 Tagen bis sechs Wochen, je nach ihren Vorstrafen. — Nun ist den Leuten gewiß geholfen!

Einen Einblick in die sozialen Verhältnisse des neuen Mittelstandes gewährte die Verhandlung gegen den Bankbuchhalter Fehlhammer vor dem Schwurgericht Nürnberg, der beschuldigt ist, seine Frau und seinen achtjährigen Sohn ermordet und seinen vierjährigen Sohn Georg zu ermorden versucht zu haben. Der 33 Jahre alte Fehlhammer, ein Lehrerssohn, besuchte sieben Gymnasialklassen und trat dann auf Anraten des Arztes wegen eines Herzfehlers aus, um eine Stelle als Lehrling in einem Bankhause anzunehmen. Nach vollendeter Lehrzeit erhielt er eine Anstellung als Bankkommis bei der Kgl. Hauptbank in Nürnberg, einer staatlichen Anstalt. Die Stelle war mit 1800 Mk. besoldet. Mit 24 Jahren heiratete Fehlhammer eine Fleischerstochter, die 5000 Mk. mit in die Ehe brachte. Aus seiner Junggesellenzeit waren 1800 Mk. Schulden vorhanden, die er aus der Mitgift seiner Frau deckte. Als „königlicher Beamter" mußte er natürlich „standesgemäß" auftreten, wenn auch das Gehalt keineswegs „standesgemäß" zu nennen war. Er hatte eine Wohnung im Preise von 800 Mk., hielt sich eine Köchin usw. Dabei blieb naturgemäß von dem Gehalt nicht viel für die anderen Bedürfnisse übrig. Die Mutter des F. steuerte zur Miete 240 Mk. bei, die Eltern der Frau beschafften ihr die nötige Kleidung und versorgten die Familie mit Fleisch, aber trotzdem reichte das Einkommen nicht aus. Um seine Einnahmen aufzubessern, verfiel er auf den Gedanken, zu spekulieren. Sein früherer Lehrherr, der Bankier Markus, vermittelte die Spekulationen, obwohl er hätte wissen sollen, daß den Beamten der königl. Bank das Spekulieren verboten ist. Es wurde in amerikanischen Eisenbahnaktien, afrikanischen Minenwerten und ungarischen Papieren spekuliert. Das Geld dazu erborgte er sich unter falschen Vorspiegelungen von Geschäftskollegen und Verwandten, ferner veruntreute er 19000 Mark, die er seinem Schwiegervater abgelockt hatte mit dem Vorgeben, er wolle das Geld im Banktresor hinterlegen. Anfangs wurden bei den Spekulationen einige tausend Mark gewonnen, dann aber kam das Pech und schließlich der Zusammenbruch. Im ganzen hat F. bei dem Bankhause Markus annähernd 640000 Mk. umgesetzt. Nun ergriff ihn die Verzweiflung. Auf einem Spaziergange, den er am 8. Juni abends nach seiner Heimkehr aus der Bank mit der Frau und den Kindern nach dem bei Nürnberg gelegenen Ausflugsorte Marienberg unternahm, enthüllte er seiner ahnungslosen Frau seine trostlose Lage und erklärte ihr, daß ihm nichts anderes übrig bleibe, als sich zu töten. Die durch diese Enthüllung tief erschütterte Frau erklärte — nach der Aussage Fehlhammers, andere Zeugen sind nicht vorhanden — daß sie ihn nicht allein lasse und mit ihm in den Tod gehen werde. Vor Marienberg bogen sie dann in ein Föhrenwäldchen ab, wo Fehlhammer zuerst dem achtjährigen Emil eine Revolverkugel in den Kopf jagte, die den Knaben tot niederstreckte. Dann schoß er den vierjährigen Georg ebenfalls in den Kopf, das Kind stürzte zu Boden. Die nächste Kugel traf die Frau ins Gesicht, aber nicht tödlich, worauf sie ihren Mann gebeten haben soll, nochmals zu feuern. Eine zweite Kugel in den Rücken tötete sie auf der Stelle. Nun richtete F. die Waffe gegen sich selbst. Er traf sich in den Kopf und sank bewußtlos zu Boden. Nach einigen Stunden erwachte er. Er hörte, daß der verwundete Kleine schnarchte. Nun schleppte er sich bis zur Polizeiwache in der Maxfeldvorstadt, um dort Meldung von seiner Bluttat zu machen. Polizei und Ärzte begaben sich an den Tatort und hatten dort einen erschütterten Anblick. Die Frau und der ältere Sohn waren tot, der kleine Georg schnarchte noch immer. Er war schwer verwundet, genas aber nach kurzer Zeit. Fehlhammer selbst war ebenfalls nicht tödlich verwundet, da er die Waffe zu tief gerichtet hatte. Die Geschworenen verneinten die Fragen auf Mord und bejahten lediglich die auf Totschlag und Tötung auf Verlangen, worauf F. zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Die „Achtung verletzt". Der Gardist W. Krieg aus Worms von der 9. Komp. des Infanterieregiments Nr. 115 wurde von dem Hauptmann wegen schlechten Exerzierens im Kasernenhof selbst im Exerzieren vorgenommen. Er machte hierbei eine lächerliche Miene und hat dadurch die schuldige Achtung vor dem Vorgesetzten verletzt. Das gleiche Vergehen, verbunden mit Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft unter dem Gewehr, hat er sich dadurch zu schulden kommen lassen, daß er einem Sergeanten gegenüber, der Zielübungen mit ihm machte, wiederholt, trotz des gegebenen Befehls, nach einer gewissen Richtung zu zielen, eine falsche Richtung andeutete. Er erhielt dafür vom Kriegsgericht in Darmstadt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. — Die „Disziplin" ist gerettet!

Aus Nah und Fern.

Ein Braunschweiger Pastor verhaftet wegen Meineidsverleitung. In Heckenbeck im Kreise Gandersheim amtiert seit einer Reihe von Jahren der Pastor Albin Lang. Durch sein seltsames Verhalten und seine Orthodoxie hat er es dahin gebracht, daß er mit seinen Kirchengemeinden und den seiner Schulaufsicht unterstellten Lehrern arg zerfallen ist. Er pflegt z. B. alle seine Besuche in den Filialgemeinden stets hoch zu Roß zu machen. Einerlei ob er zum Gottesdienst kommt oder zu einer Taufe, Trauung oder zu einer Beerdigung. Im Vorbeireiten ruft er den an die Schulpforte beorderten Lehrern, die Kirchendienst haben, die Nummern der Gesänge, die gesungen werden sollen, zu und — „Hepp Lise!" geht es dann weiter im Galopp auf der Chaussee entlang. Kein Wunder, wenn es zu Konflikten kam zwischen Pastor und Lehrern. So hatte er auch einen Zwist mit dem Kantor Wunstorf in Dankelsheim, der schon mehrfach die Gerichte beschäftigt hat. Das gespannte Verhältnis resultiert aus der Oberaufsicht des Geistlichen über den Kantor als Lehrer. Dieser Tage ist Pastor Lang nach einer gerichtlichen Vernehmung verhaftet worden. Man sagt, er habe andere Personen verleitet, an Wunstorf anonyme Briefe zu schreiben, und habe versucht, andere zum Meineide zu verleiten.

Arbeiterrisiko. In der Zollstockfabrik zu Schwarza (Thüringen) explodierte ein eiserner Kolben und verletzte drei Arbeiter schwer. Zwei wurden in das Rudolstädter Krankenhaus und einer in die Augenklinik zu Jena eingeliefert. — Auf dem Kalischacht Heringen ging plötzlich ein Schuß los, der einem Bergmann den Kopf zerschmetterte und ihn auf der Stelle tötete. Ein anderer Bergmann erlitt schwere Brandwunden im Gesicht, ein dritter wurde leicht verletzt.

Ein Eisenbahnzug ins Wasser gestürzt. Eine schwere Bahnkatastrophe hat sich infolge von Hochwasser in Niederbayern ereignet. In der Nähe der Station Vilshofen stürzte die über die Viels führende Eisenbahnbrücke in dem Augenblick ein, als ein aus sechs voll beladenen Wagen bestehender Güterzug sie passierte. Der ganze Zug fiel in das Wasser. Der Unfall ereignete sich bei den Granitsteinbrüchen im sogenannten Taferl. Die 90 Zentner schwere Lokomotive hatte bereits die Brücke über die Vils passiert, als diese unter der Last der beladenen Wagen mit fürchterlichem Krach zusammenstürzte und auch die Maschine in die zur Zeit sehr hochgehende Vils riß. Der Lokomotivführer Schmauß erlitt Rippenbrüche, der Bremser Geyer wurde von den Fluten und Eisschollen fortgerissen und ist spurlos verschwunden. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden. — Die Ursache zu dem schweren Unglück ist, wie weiter gemeldet wird, darin zu suchen, daß ein Pfeiler der Brücke durch Hochwasser beschädigt worden war.

Frau Strindberg auf der Flucht. Frieda Strindberg, die ehemalige Gattin des Dichters August Strindberg, ist, wie aus Wien gemeldet wird, von dort flüchtig. Ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Gegen sie schweben gerichtliche Anzeigen wegen Erpressung, gefährlicher Drohung, Veruntreuung und Betrug, weshalb die Erlassung eines Steckbriefes bevorsteht. Sie lebte seit 1903 in Wien. Eine Anzeige gegen sie ist vom Fürsten Fugger-Babenhausen wegen Erpressung und gefährlicher Drohung er-

Daniel, nachdem sie ihm im Hotel Bristol eine aufregende Szene gespielt hatte. Frau Strindberg soll ferner gegen den Wiener Schriftsteller Osteren ein Attentat versucht haben. Schließlich liegen gegen Frau Strindberg Anzeigen mehrerer Wiener Firmen vor. Sie verschwand am 5. Januar aus Wien und soll sich in Paris oder London befinden. Frau Strindberg steht im 39. Lebensjahre und heiratete vor 17 Jahren den Dichter Strindberg. Die Ehe wurde jedoch nach zwei Jahren getrennt. Zu dem Verschwinden der Frau Frieda Strindberg werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Eine der Anzeigen, die gegen die jetzt Flüchtige erstattet wurden, stammt von der ehemaligen Schauspielerin am Berliner Lessing-Theater Fräulein Irma Gemberg. Darin teilt die Schauspielerin mit, sie habe zwei Gemälde, einen Lukas Kranach und einen Bellini, die insgesamt einen Wert von 10 000 Mk. hatten, Frau Strindberg anvertraut, doch seien von ihr die Bilder verkauft, und der Erlös sei für eigene persönliche Zwecke verbraucht worden. Andere Beschuldigungen werden gegen Frau Strindberg daraus geltend gemacht, daß sie Darlehen im Betrage von ungefähr 12 000 Mk. aufgenommen und Wien nun verlassen habe, ohne daß sie diese Beträge beglichen oder mit ihren Gläubigern ein Arrangement getroffen hätte.

Verhafteter Millionen-Defraudant. Nach einer Budapester Meldung wurde in Arad der Millionen-Defraudant Johann Krivan verhaftet. Er hat zwei Schußwunden und behauptet, seine Frau habe zwei Schüsse auf ihn abgegeben, worauf er mit vier Schüssen sie schwer verwundet habe. Seine Frau habe ihm gedroht, sie werde angeben, wo er von dem gestohlenen Gelde mehrere tausend Mark in Berlin versteckt oder deponiert habe.

Pferdewurst. Die Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmte die Geschäftsbücher der Union, Nahrungsmittelgesellschaft m. b. H., die durch Reisende über ganz Deutschland auch einen umfangreichen Handel mit Wurst betrieb. Derartige Wurst ist, wie die Allg. Fleischer-Zeitung meldet, behördlich als Pferdewurst festgestellt worden und Zweck der Beschlagnahme ist es, die Lieferanten und Abnehmer der unter falscher Flagge vertriebenen Wurst kennen zu lernen.

Mit dem wegen Erpressung verhafteten Reichsverbands-Schubert in Chemnitz ist auch sein Bruder Ammon Schubert und sein getreuer Knappe Paul Rabe verhaftet worden. Als Grund der Verhaftung wird angegeben, es handle sich um einen Erpressungsversuch, der längere Zeit zurückliege. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um eine Meineidsgeschichte handelt, denn der Rabe ist in fast allen Beleidigungsprozessen des Schubert als dessen Kronzeuge aufgetreten, auch hat er ihm „Material" verschafft. Man hat sich schon längst gewundert, wovon diese Menschen lebten, vielleicht kommt nun Licht in diese Sache. Bekanntlich sind die „Nationalen" und Reichsverbändler auf den Schwindel- und Lügengeschichten des Schubert auch dann noch herumgeritten, als diese in der Presse, im Stadtverordnetensaal und vor Gericht bereits als Schwindel und Lüge gekennzeichnet waren. Diese Gesellschaft war also des Schubert würdig. — Wie die „Leipz. Volksztg." noch erfährt, handelt es sich bei den drei edlen Reichslügenverbandsfreunden um Erpressung, die anläßlich einer sog. Eheirrung begangen worden ist. Dem Betroffenen sind insgesamt 1800 Mk. abgeknöpft worden, die sich auf die drei Helden der Erpressungs-Affäre mit je 600 Mk. verteilen. Die Affäre kam dadurch zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, daß ein von Rabe abgesandter Brief in falsche Hände geriet. Der genannte Rabe ist der geistige Leiter des Nationalen Wahlausschusses, der auch die Aktion gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse veranlaßt hat.

Die Bedürfnisse eines Spekulanten. Der Hotelier Eberbach in Berlin, der durch seine waghalsigen Spekulationen in Konkurs geraten ist, hat — wie dem „Berliner Tageblatt" geschrieben wird — eine wahnsinnige Verschwendung getrieben. Er hatte in Berlin zwei Wohnungen, die ihm 14 000 bezw. 7000 Mk. Miete kosteten. Und doch fühlte er sich in diesen fürstlichen Quartieren nie heimisch, sondern übernachtete gewöhnlich in Hotels oder bei Verwandten. Seine jährlichen Wäscherechnungen gingen in die Tausende. In wenigen Wochen „verbrauchte" er für 600 Mk. Stiefel. Noch vier Tage vor dem Zusammenbruch kaufte er sich neun Paar Hosenträger a 8 Mk. Sein Jahresverbrauch belief sich auf 250 000 Mk. — die Schulden ungerechnet — und seine Millionen-Transaktionen waren notwendig, um die täglich an ihn herantretenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Sanfter Zwang. Wie die konservativen Vereine Mitglieder machen, davon meldet der „Volksfreund" aus Zittau folgendes erbauliche Beispiel. In den Bureaus des dortigen Bahnhofs ging folgende „Einladung" zum Beitritt zu einem konservativen Verein herum:

„Am 15. Januar haben 20 Herren aller Stände unter dem Vorsitz des Herren Amtshauptmann v. Beschwitz einen „Konservativen Verein" für Zittau und Umgegend, 1. sächsischer Reichstagswahlkreis, ins Leben gerufen. Ich kann wohl mit Recht annehmen, daß der größte Teil aller Staatsbeamten und Bediensteten königstreu gesinnt ist und darf ich auch daher auf Erfolg meiner Einladung zum Eintritt in den konservativen Verein rechnen. Ich bitte daher alle königstreuen Beamten und Bediensteten, durch Eintragung ihrer Namen in die anliegende Liste ihren Eintritt in den Konservativen Verein für Zittau und Umgegend zu erklären. Zum Vorsitzenden des Vereins ist Herr Major z. D. Dietrich in Zittau von dem Gründungskomitee gewählt worden.

v. Eiterlein, Bahnhofsinspektor."

Nach der Ansicht des konservativen Bahnhofsinspektors scheinen königstreu und konservativ identische Begriffe zu sein. Wo bleiben denn die armen Nationalliberalen und Freisinnigen, die doch ebenfalls die Königstreue mit einem rührenden „Bürgerstolz" mimen? Diese Ausnutzung der bahnhofsinspektorlichen Autorität zum Mitgliederfang für den Konservativen Verein ist ein skandalöser Mißbrauch der Amtsgewalt. Es ist klar, daß aus Furcht vor etwaigen „dienstlichen" Unannehmlichkeiten so mancher Beamter dem „sanften Zwange der freundlichen Einladung" nachgeben wird, wenn er auch mit dem Herzen nicht dabei ist und die Konservativen zu allen Teufeln wünscht.

Der Angeklagte auf dem Richtertisch. Ein aufregender Zwischenfall ereignete sich am Freitag im Sitzungssaal der zweiten Strafkammer in Köln a. Rh., vor der sich der bereits mehrfach vorbestrafte Arbeiter Effner wegen schweren Diebstahls verantworten sollte. Auf die wiederholten Fragen des Vorsitzenden gab der Angeklagte keine Antwort; er öffnete vielmehr plötzlich die zum Anklageraum führende Tür, stieß den Schutzmannsposten zur Seite und sprang mit einem gewaltigen Satze auf den Vorsitzenden zu. Hierbei kam der Angeklagte auf den Richtertisch zu liegen. Die Akten und Gesetzbücher flogen umher, und der Vorsitzende sowie die Beisitzer verließen schleunigst ihre Plätze, als im letzten Augenblick mehrere Schutzleute hinzusprangen, die den Wüterich an den Beinen ergriffen und ihm Fesseln anlegten.

Rauchende Klippen. Aus London wird geschrieben: Die malerische kleine Stadt Lyme Regis befindet sich, wie aus Plymouth gemeldet wird, in beträchtlicher Aufregung. Die hohen roten Klippen in der Nähe des Ortes begannen zu zittern, und diese Erscheinung war von einem dumpfen Geräusch, wie von fernem Donner begleitet. Am Freitag kam hinzu, daß die Klippen Black Fenn und Hardown dichten Dampf ausstießen, der in einer Wolke über ihnen lagerte. Am Sonnabend trafen verschiedene Geologen in Lyme Regis ein, um die Erscheinung zu untersuchen. Sie erklärten, daß es sich jedenfalls nicht um einen vulkanischen Ausbruch handle, aber explosive Gase seien vermutlich durch atmosphärischen Einfluß auf gewisse Teile innerhalb des losen Sandsteinbodens zur Explosion gebracht worden. Ein Beamter des geologischen Regierungsdepartements erklärte, die Erscheinung an und für sich sei harmlos, deute aber vielleicht auf kommende Störungen hin.

Im Nebel verunglückt. In dem kleinen englischen Dorf East Parley, in der Nähe des bekannten Badeorts Bournemouth, ist infolge des Nebels ein bedauerlicher Unfall vorgekommen. Die beiden Töchter einer Schulvorsteherin, namens Green, Mädchen von 18 und 16 Jahren, waren zum Einkaufen in Bournemouth gewesen und wollten bei dichtem Nebel eine Fähre erreichen. Sie riefen tatsächlich den Fährmann an, und dieser setzte sie über, wobei, wie er sagte, der Nebel so dicht war, daß er die Insassen seines Bootes nicht sehen konnte. Der Fährmann begleitete die beiden Mädchen auf der anderen Seite des Flusses und wies sie an, in welcher Richtung sie zu gehen hätten. Wenige Minuten darauf hörte ein Herr, der sich im Nebel an dem Ufer des Flusses entlang tastete, ein Geräusch, als wenn ein Gegenstand ins Wasser gefallen wäre. Er richtete das Licht einer Laterne, die er trug, auf das Wasser und sah zu seinem Entsetzen die Gesichter zweier von der starken Strömung vorbeigetragener Körper. Ein sofortiges Absuchen des Wassers blieb resultatlos. Die einzige Erklärung für den Unglücksfall ist die, daß die Mädchen in dem Nebel vollständig im Kreise gegangen und dabei von dem steilen Ufer abgestürzt sind.

Die mutige Tat des deutschen Kronprinzen.

Ein Zollerndrama im Theater:
Der Kronprinz sprach mit seinem Vater!!
Das lispelte und raunte stolz:
„Der Kronprinz is aus gutem Holz!"

Vor seines Vaters Adleroogen
Ist er so kühn und forsch gezogen!
Nee, welche Schneid! Nee, welcher Mut!
Nee, dat der Kronprinz so wat tut!

Wat sprach der Olle mit dem Jungen?
Es ist nicht recht ins Volk gedrungen,
Doch Lehmann pispert ahnungsvoll:
Ick gloobe, et wa wirklich doll!

Wir hatten wieder einen Helden,
Und eine Großtat mehr zu melden.
Jetzt aber kam Herr Isebiel,
Der Ruhm verblich, der Schleier fiel.

Et is ja allens nischt jewesen!
Wir haben allens falch jelesen!
Keen Ruhm, keen Mut und keen Skandal,
Und allens nischt! Det is fatal!

Peter Schlemihl im „Simplizissimus".

Genossenschaftsbewegung.

Handwerkergenossenschaften, Selbsthilfe und Staatshilfe. In einer Denkschrift hatte der Regierungspräsident von Köln im vorigen Jahre die Gründung einer Zentralgenossenschaft für die Handwerker der Rheinprovinz, hauptsächlich zum Bezug von Maschinen, angeregt. Zu diesem Plane hat sich die Handwerkskammer Düsseldorf in einem ausführlichen Gutachten geäußert. Grundsätzlich spricht sich der Vorstand dieser Kammer für den Plan aus und bezeichnet die Genossenschaft als besonders zweckmäßig zur Ergänzung der Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz in Köln. Die Düsseldorfer Kammer kommt dann zu dem Ergebnis, daß zwar an sich die Genossenschaft auf der Selbsthilfe beruhen müßte, aber doch aus der eigenen Kraft des Handwerks nicht gemacht werden könne. Im Gegensatz zu der Denkschrift ist sie der Ansicht, daß auf die Handwerkerverbände und -Vereine bezüglich ihrer finanziellen Beteiligung kein Verlaß sei, und daß die Handwerker selbst um eines ideellen Vorteiles willen ebenfalls kaum für eine finanzielle Beteiligung zu haben wären. Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, regt das Gutachten an, ohne den Grundsatz der Selbsthilfe zu verlassen, eine angemessene Beteiligung des Staates, der Gemeinden und der Großindustrie, neben dem Handwerk, zu erwägen. Die Düsseldorfer Handwerks-Kammer, die ihre Pappenheimer ja kennen muß, stellt den Handwerkern kein schmeichelhaftes Zeugnis aus. Die Erfahrung lehrt aber, daß sie mit ihren Befürchtungen Recht hat. So ist es denn nicht zu verwundern, daß schließlich eine auf dem Grundsatz der Selbsthilfe beruhende Handwerkergenossenschaft empfohlen wird, für die Staat, Gemeinde und Großindustrielle die Mittel aufbringen sollen. Ja, wo soll sich denn da eigentlich die Selbsthilfe der Handwerker noch betätigen?

Letzte Nachrichten.

Bremerhaven. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis sind in der Nacht zum Mittwoch vier Untersuchungsgefangene entwichen. Sie haben mit einem eisenbeschlagenen Stuhlbein die Mauer durchbrochen und sich an zerschnittenen, zusammengeknoteten Bettüchern herabgelassen. Unter den Flüchtlingen befindet sich ein schon mit Zuchthaus vorbestrafter Wechselfälscher. Sie sollen mit dem Zuge nach Hamburg gefahren sein.

Elmshorn. Mord und Selbstmord. Die „Elmsh. Ztg." meldet aus dem benachbarten Haidgraben: Der Schuhmacher Wagner durchschnitt seiner von ihm getrennt lebenden 20jährigen Ehefrau gestern morgen den Hals, daß sie sofort tot war und verletzte sich selber tödlich. Dasselbe Blatt meldet aus Torneisch: Der Eisenbahnarbeiter Maß wurde von einem Güterzug beim Passieren des Gleises überfahren und getötet.

Passow in der Uckermark, 29. Januar. Am 27. d. M. fuhr der Bauer Tank aus Briest Gerste mit zwei Wagen nach Schwedt a. O. Als er auf dem Rückwege nach Passow kam, war der hinter ihm fahrende Wagen mit dem Knecht Rochus Hecht verschwunden. Der Wagen mit dem Pferde wurde am 28. d. M. früh hinter dem Dorfe Briest gefunden. Heute nachmittag wurde der vermißte Knecht in der Nähe des Bahnhofes Passow, ungefähr 20 Meter von einem Wassergraben entfernt, auf dem Rücken liegend, tot aufgefunden. Ob ein Verbrechen oder ein Unglücksfall vorliegt, wird die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung ergeben.

Lauenburg (Pommern), 29. Januar. Der vierjährige Sohn des Deputatknechts Kamin-Neuendorf spielte mit Streichhölzern. Dadurch geriet die Wiege seines zweijähr. Schwesterchens in Brand. Das Kind verbrannte. Ein sechsjähriger Sohn erkrankte infolge von Rauchvergiftung.

Braunschweig, 29. Januar. Das plötzlich eingetretene Tauwetter und der seit vorgestern anhaltende Regen hat im Harz ein rapides Steigen der Flüsse zur Folge gehabt. Wie die „Braunschweigischen Nachrichten" aus Tanne melden, haben sich die Eismassen der Bode gelöst und sind bis zum Ort gedrungen, wo sie alles mit sich fortrissen. Die Mühle ist durch die zutalgehenden Eismassen zerstört, die in einer Länge von 400 Meter im Chaos fünf Meter hoch aufgetürmt liegen. Die Bode ist aus ihren Ufern gedrängt. Das Bodetal ist überflutet.

Halle a. d. Saale, 29. Januar. Infolge heftigen Sturmes stürzte gestern nachmittag bei der Ammendorfer Papierfabrik ein Baugerüst zusammen. Vier Zimmerleute wurden unter den Trümmern begraben. Der Polier war sofort tot. Ein zweiter Zimmermann starb auf dem Transport nach dem Krankenhause, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Saalfeld, 29. Januar. Ein aus dem Zuchthaus in Untermaßfeld entsprungener Sträfling wurde hier in einem Restaurant von einem Polizeibeamten verhaftet. Auf der Straße feuerte der Sträfling mehrere Revolverschüsse auf den Polizeibeamten ab und verletzte ihn lebensgefährlich am Kopfe. Außerdem verletzte er einen ihn verfolgenden Mann durch einen Schuß in die Hand. Es gelang, den Sträfling zu ergreifen und ins Gefängnis zu bringen.

Frankfurt a. M., 29. Januar. In der benachbarten Grube Heringen sind durch einen Fehlschuß drei Arbeiter verschüttet worden. Dem Bergmann Frank ist der Kopf vollständig zerschmettert, während der Bergmann Schade schwer und ein Dritter leicht verletzt wurde.

Straßburg i. Elsaß, 29. Januar. Der Eilzug 155 von Straßburg nach Köln wurde kurz nach Verlassen des Straßburger Hauptbahnhofes auf dem Güterbahnhof Hausbergen von einer Rotte Burschen mit schweren Steinen beworfen. Eine Anzahl Fenster wurde zertrümmert, der Lokomotivführer und mehrere Reisende wurden verletzt.

Mannheim, 29. Januar. Rhein und Neckar sind seit gestern in fortwährendem Steigen begriffen. Der Rhein ist in der letzten Nacht von 1,78 auf 2,73 m, der Neckar von 2,10 auf 3,42 m gestiegen. Auch vom Oberrhein wird ein anhaltendes Steigen des Wasserstandes gemeldet.

Bombay, 29. Januar. Gestern nacht überfiel eine Bande von 100 Afridis das Haus eines reichen eingeborenen Bankiers in Peschawar und raubte die Kasse und Juwelen von bedeutendem Werte. 2 Polizeibeamten wurden von ihnen getötet und 4 verwundet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 29. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Hasen 3,50—4,00 Mk., Enten 3,50—4.30 Mk., Hühner 1,90—2,60 Mk., Küken Stck. —2,00 Mk., Tauben Stück 0,50 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. 78—80 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 85—95 Mk., Schweinskopf Pfund 45 Pf., Wurst Pfd. 1,25 Mk., Eier 6 und 7 Stck. 60 Pf., Heringe 10 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genügend. Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40 Mk., Brachsen Pfd. 60—70 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 — Pf., Aal Pfd. —100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Getreidepreise.

Lübeck, 29. Januar.

Weizen, 115—127 Pfd. holl. 192—215 Mk. **Roggen** 114—123 Pfd. holl. 185—195 Mk. **Hafer** nach Qualität 140—165 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

29 Januar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 661 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 53—54 Mk., leichte 52 Mk., Sauen 47—51 Mk. und Ferkel 47—50 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Süddeutsche Postillon Nr. 3 liegt vor uns. Das Titelbild ist eine köstliche Ironie auf dem vielbelachten Block und das außenstehende Zentrum, dem gegenüber das Farbenbild auf Seite 21 der barmherzige Samariter eine deutliche und dringende Mahnung an das gesamte Proletariat ist. Das Schlußbild führt uns an den größten Sensationssumpf der Jetztzeit, zum Harden-Prozeß. — Der Inhalt befaßt sich zum größten Teil mit dem Wahlrechtskampf, der zurzeit das deutsche Volk bis in seine innersten Tiefen durchquält. — Klaar's Gedicht: Schwarze Busch-Klepper mit einem Porträt des † Wilhelm Busch. — Tante Cäcilia, ein Ferialerlebnis Rudi's. — Das Recht der Straße (Ged.) — Aus einer kleinen Residenz. — Wie der große Frost war (Ged.) und viel anderes, hochinteressantes. Preis 10 Pfg.

In Freien Stunden, 11. Jahrgang, 2. Band, ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Er enthält: „Die Pilger der Wildnis" von Johannes Scherr. — „Eine Herrenhofsage" von Selma Lagerlöf. — „Rosa und Ninette" von Alfonse Daudet. — „Romeo und Julia", eine Erzählung aus dem Italienischen. — „Ums Herz", eine Erzählung des verstorbenen Genossen Robert Schweichel und eine überaus lustige Humoreske von W. W. Jacobs: „Kapitain Bosselmanns Extratour". Der Preis für den gebundenen Band beträgt: In Leinen 3,50 Mk., in Halbfranz 4,— Mk. Wir machen namentlich die Vereins-Bibliotheken auf das Erscheinen des Bandes aufmerksam. Ferner sei nochmals darauf hingewiesen, daß Heft 1 und 2 des neuen Jahrgangs bereits erschienen sind. Begonnen haben in Heft 1 der Roman „Das Einaug" von Leon Cladel und die Erzählung „Sigrid, das Fischermädchen" von Theodor Mügge. Der Preis des einzelnen Heftes ist 10 Pfg. Sie können bei jeder Parteibuchhandlung bestellt werden. Die bereits erschienenen Hefte werden nachgeliefert.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.